

# Bericht über Solvabilität und Finanzlage zum 31.12.2016

SAARLAND Lebensversicherung AG

# Inhalt

## 2 Zusammenfassung

### 4 A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

4	A.1	Geschäftstätigkeit
4	A.1.1	Unternehmensinformationen
6	A.1.2	Geschäftsbereiche und -gebiete
6	A.1.3	Wesentliche verbundene Unternehmen
6	A.1.4	Wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse im Berichtszeitraum
7	A.2	Versicherungstechnische Leistung
7	A.2.1	Versicherungstechnische Leistung gesamt
8	A.2.2	Versicherung mit Überschussbeteiligung
8	A.2.3	Index- und fondsgebundene Versicherung
8	A.2.4	Krankenversicherung
9	A.3	Anlageergebnis
9	A.3.1	Ergebnis zum Stichtag
9	A.3.2	Laufende Erträge
10	A.3.3	Zuschreibungen
10	A.3.4	Abgangsgewinn
10	A.3.5	Laufende Aufwendungen
11	A.3.6	Abschreibungen
11	A.3.7	Verlust aus dem Abgang
11	A.3.8	Nicht realisiertes Ergebnis
12	A.4	Entwicklung sonstiger Tätigkeiten
12	A.4.1	Sonstige wesentliche Einnahmen und Aufwendungen im Berichtszeitraum
12	A.4.2	Wesentliche Leasingvereinbarungen
12	A.5	Sonstige Angaben

## 13 B. Governance-System

13	B.1	Allgemeine Angaben zum Governance-System
13	B.1.1	Vorstand
14	B.1.2	Aufsichtsrat
14	B.1.3	Schlüsselfunktionen
15	B.1.4	Vergütungspolitik
16	B.1.5	Besondere Transaktionen
16	B.1.6	Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum
16	B.1.7	Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems
17	B.2	Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit
19	B.3	Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmens-eigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
19	B.3.1	Risikomanagementsystem
20	B.3.2	Risikomanagementprozess
22	B.3.3	ORSA-Prozess
23	B.4	Internes Kontrollsystem
23	B.4.1	Strukturen und Prozesse des IKS
24	B.4.2	Compliance
25	B.5	Funktion der Internen Revision
25	B.6	Versicherungsmathematische Funktion
26	B.7	Outsourcing
27	B.8	Sonstige Angaben

## **28 C. Risikoprofil**

- 28** C.1 Versicherungstechnisches Risiko
- 30** C.2 Marktrisiko
- 31** C.2.1 Zinsrisiko
- 32** C.2.2 Spreadrisiko
- 32** C.2.3 Aktienrisiko
- 33** C.2.4 Immobilienrisiko
- 33** C.2.5 Wechselkursrisiko
- 34** C.3 Gegenparteiausfallrisiko
- 35** C.4 Liquiditätsrisiko
- 36** C.5 Operationelles Risiko
- 37** C.6 Andere wesentliche Risiken
- 37** C.6.1 Strategisches Risiko
- 37** C.6.2 Reputationsrisiko
- 37** C.7 Sonstige Angaben

## **38 D. Bewertung für Solvabilitätszwecke**

- 39** D.1 Vermögenswerte
- 44** D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen
- 50** D.3 Sonstige Verbindlichkeiten
- 52** D.4 Alternative Bewertungsmethoden
- 55** D.5 Sonstige Angaben

## **56 E. Kapitalmanagement**

- 56** E.1 Eigenmittel
- 56** E.1.1 Ziele und Verfahren des Kapitalmanagements
- 56** E.1.2 Verfügbare und anrechnungsfähige Eigenmittel
- 58** E.1.3 Unterschiede zum HGB-Eigenkapital
- 59** E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung
- 61** E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung
- 61** E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen
- 61** E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung
- 61** E.6 Sonstige Angaben

## **62 Anhang**

## **84 Abkürzungsverzeichnis**

## **85 Impressum**

## Zusammenfassung

Die SAARLAND Lebensversicherung AG, gegründet im Jahr 1951, gehört seit dem Jahr 2002 zum Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB). Der Lebensversicherer ist hauptsächlich im Saarland tätig und nimmt dort eine führende Marktstellung ein. Das Unternehmen bietet einen umfassenden Versicherungsschutz zur Altersvorsorge. Mit bedarfsgerechten und flexiblen Produkten zur Absicherung von Lebensrisiken können die Kunden für ihr Alter finanziell vorsorgen, sich gegen Berufsunfähigkeit absichern und Vorsorge für ihre Hinterbliebenen treffen. Die SAARLAND Lebensversicherung bietet Lösungen in den drei Schichten – der Basis-, der Zusatz- und der individuellen Vorsorge – und für alle Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung.

### Gesamtergebnis

Das Jahresergebnis der SAARLAND Lebensversicherung ergibt sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt:

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Versicherungstechnische Leistung	-48.755
Anlageergebnis	51.860
Sonstiges Ergebnis	-1.205
<b>Jahresüberschuss vor Gewinnabführung</b>	<b>1.900</b>
Gewinnabführung	-1.000
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>900</b>
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-900
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>

Seit dem Geschäftsjahr 2015 besteht ein Gewinnabführungsvertrag zwischen der SAARLAND Lebensversicherung und der SAARLAND Feuerversicherung. Vom Jahresüberschuss vor Gewinnabführung 2016 wurden 1.000 Tsd. Euro als Ergebnis abgeführt. Der nach Ergebnisabführung verbleibende Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 900 Tsd. Euro wurde vollständig in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 58 Abs. 2 AktG eingestellt.

### Governance-System

Das Unternehmen hat sich bereits lange vor dem Inkrafttreten des neuen Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) intensiv auf die neuen aufsichtsrechtlichen Governance-Anforderungen im Zuge von Solvency II vorbereitet. Es hat diese Anforderungen so umgesetzt, dass das Governance-System die spezifische Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens effektiv unterstützt, dabei die Synergiepotenziale und Ressourcen des Konzerns VKB nutzt und sich in dessen Gruppen-Governance einfügt. Das Unternehmen konnte dabei in weitem Umfang auf den Strukturen aufbauen, die bereits im Zuge der vorgängigen aufsichtsrechtlichen Vorgaben zum Risikomanagement (insbesondere der MaRisk) geschaffen wurden. Die Angemessenheit des Governance-Systems wurde gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben intern überprüft. Danach ist die Geschäftsorganisation des Unternehmens zur Verfolgung der Geschäfts- und Risikostrategie angemessen aufgestellt.

### Risikoprofil

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere durch Marktrisiken und versicherungstechnische Risiken dominiert.

Die Marktrisiken beschreiben die Unsicherheit der Kapitalanlage in Bezug auf die Veränderungen von Marktpreisen und -kursen sowie hinsichtlich der zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten. Dies schließt beispielsweise das Aktien-, Spread-, Immobilien-, Zins- oder Wechselkursrisiko mit ein.

Die versicherungstechnischen Risiken spiegeln den Umstand wider, dass versicherte Leistungen im Lebensversicherungsgeschäft anders als erwartet auftreten können. Hierunter fallen insbesondere biometrische Risiken und Risiken aus geändertem Kundenverhalten.

Das Risikoprofil umfasst zudem Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft (Gegenparteausfallrisiko), operationelle Risiken aus menschlichem, technischem, prozessuellem oder organisatorischem Versagen sowie Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken.

### Bewertung für Solvabilitätszwecke

	Solvency II Tsd. €	HGB Tsd. €	Unterschied Tsd. €
Vermögenswerte	1.622.911	1.426.542	196.369
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.351.986	1.381.253	-29.268
Sonstige Verbindlichkeiten	76.274	29.136	47.138
<b>Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten</b>	<b>194.651</b>	<b>16.153</b>	<b>178.498</b>

### Kapitalmanagement

Zur Berechnung der Kapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) nutzt die Gesellschaft den sogenannten Standardansatz. Hierbei wird die Anforderung über ein europaweit einheitliches Verfahren ermittelt. Die Solvenzkapitalanforderung beläuft sich zum Stichtag 31.12.2016 auf 39.420 Tsd. Euro. Der Betrag unterliegt gemäß Art. 297 Abs. 2 Buchstabe (a) DVO noch der aufsichtlichen Prüfung.

Zur Bedeckung der Kapitalanforderungen werden die anrechnungsfähigen Kapitalbestandteile (Available Solvency Margin, ASM) ermittelt. Zum Stichtag weist das Unternehmen als Kapitalausstattung eine ASM in Höhe von 194.651 Tsd. Euro auf.

Die SCR-Bedeckungsquote (Solvabilitätsquote) mit Übergangsmaßnahme und mit Volatilitätsanpassung liegt bei 494 Prozent.

## A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

### A.1 Geschäftstätigkeit

#### A.1.1 Unternehmensinformationen

Die SAARLAND Lebensversicherung mit Sitz in Saarbrücken gehört mehrheitlich zum Konzern VKB und damit zur Sparkassen-Finanzgruppe.

Die SAARLAND Feuerversicherung (SAARLAND Versicherungen, Mainzer Straße 32-34, 66111 Saarbrücken) hält direkt Kapitalanteile von rund 60,0 Prozent an der SAARLAND Lebensversicherung. Indirekt über die SAARLAND Feuerversicherung und direkt mit einem Anteil von rund 25,0 Prozent hält die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts (Maximilianstraße 53, 80350 München) rund 55 Prozent der Anteile am Unternehmen. Des Weiteren ist die Sparkassenförderungsgesellschaft Saar mbH (Ursulinenstr. 46, 66111 Saarbrücken) mit einem Anteil von 15,0 Prozent am Kapital der SAARLAND Lebensversicherung beteiligt.

Seit dem Geschäftsjahr 2015 besteht ein Gewinnabführungsvertrag zwischen der SAARLAND Lebensversicherung und der SAARLAND Feuerversicherung als alleiniges gewinnabführungsberechtigtes Unternehmen.

Die vereinfachte Gruppenstruktur (hier: Versicherungstochterunternehmen) zeigt die direkten und indirekten Halter des Unternehmens und verdeutlicht seine Stellung innerhalb der Gruppe VKB. Zur Gruppe gehören weitere 12 Versicherungsunternehmen, die in den Bereichen Lebensversicherung, Krankenversicherung sowie Schaden- und Unfallversicherung tätig sind.

Der externe Abschlussprüfer des Unternehmens für das Geschäftsjahr 2016 war die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Europaallee 31, 66113 Saarbrücken/Deutschland.

Sowohl das Unternehmen als auch die Gruppe VKB unterstehen der Aufsicht durch die BaFin:

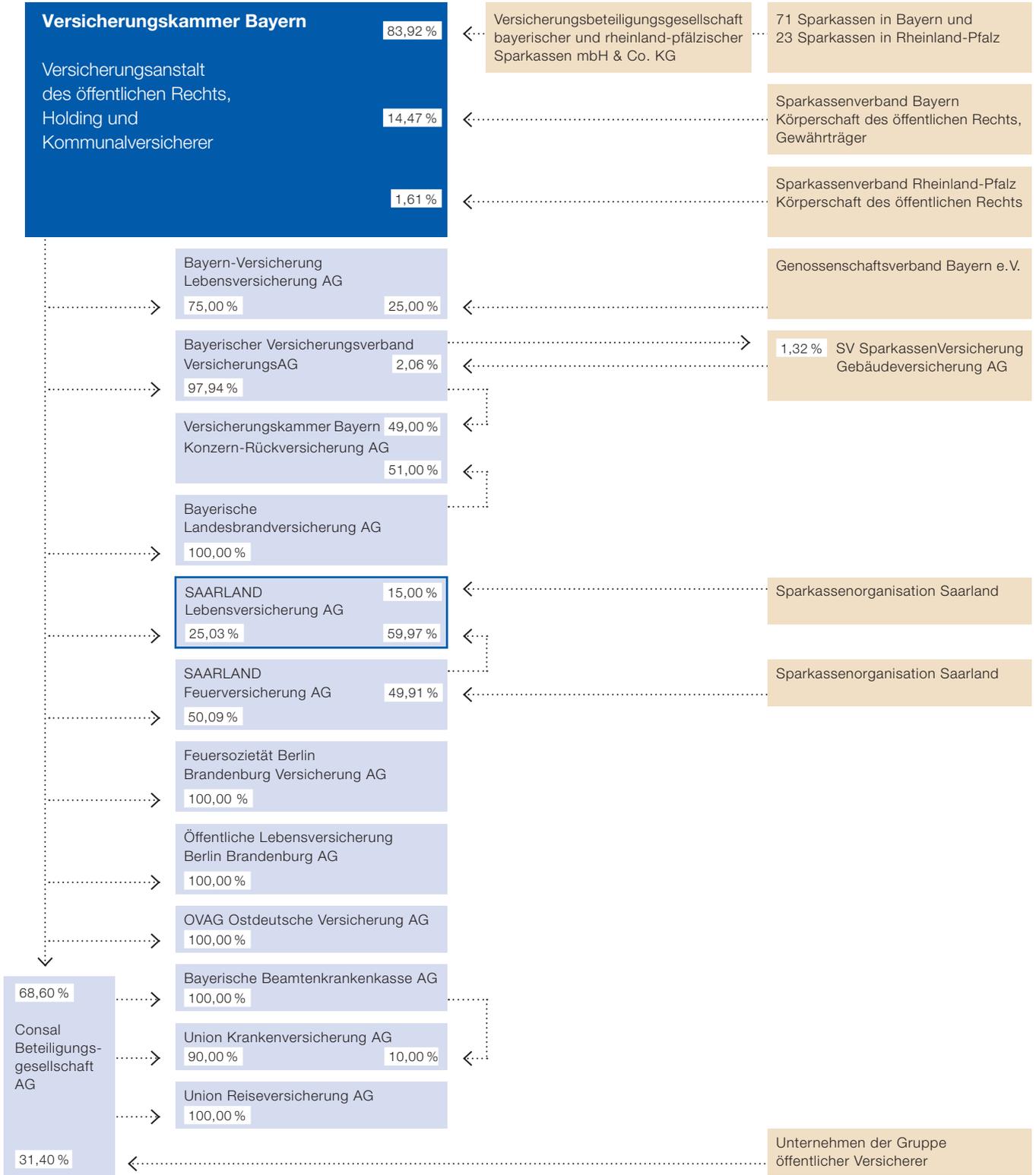
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht  
Graurheindorfer Str. 108  
53117 Bonn/Deutschland

Postfach 1253  
53002 Bonn

Telefon: (02 28) 41 08-0  
Telefax: (02 28) 41 08-15 50

E-Mail: [poststelle@bafin.de](mailto:poststelle@bafin.de)  
De-Mail: [poststelle@bafin.de-mail.de](mailto:poststelle@bafin.de-mail.de)

## Gruppenstruktur



## A.1.2 Geschäftsbereiche und -gebiete

Die SAARLAND Lebensversicherung ist ausschließlich im Saarland tätig und nimmt dort eine führende Marktstellung ein. Das Unternehmen bietet umfassenden Versicherungsschutz zur privaten und betrieblichen Vorsorge. Mit bedarfsgerechten und flexiblen Produkten können die Kunden für ihr Alter finanziell vorsorgen, sich gegen Berufsunfähigkeit absichern und Vorsorge für ihre Hinterbliebenen treffen.

Unter Solvency II werden Versicherungsverpflichtungen nach der Wesensart der versicherten Risiken in Geschäftsbereiche unterteilt. Die Versicherungsverpflichtungen des Unternehmens werden den Geschäftszweigen „Versicherung mit Überschussbeteiligung“, „Index- und fondsgebundene Versicherungen“ sowie „Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung“ zugeordnet. Aufgrund des stark kollektiven Geschäftsmodells erscheint eine weitere Segmentierung in darunterliegende homogene Risikogruppen nicht sachgerecht.

Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen des Unternehmens beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf 131.969 Tsd. Euro. Diese verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Geschäftsbereiche:

	<b>Geschäftsjahr</b>	<b>Anteil</b>
	<b>Tsd. €</b>	<b>%</b>
Versicherung mit Überschussbeteiligung	123.842	93,84
Krankenversicherung (z. B. BU-Versicherung)	4.828	3,66
Index- und fondsgebundene Versicherung	3.300	2,50
<b>Gesamt</b>	<b>131.969</b>	<b>100,00</b>

Versicherungen mit Überschussbeteiligung stellen den überwiegenden Anteil im Lebensversicherungsbestand der Gesellschaft dar.

Im Neugeschäft gewinnen fondsgebundene Rentenversicherungen an Bedeutung. Der kapitalmarktorientierte Teil wird zusammen mit den fondsgebundenen Überschussanteilen aus klassischen kapitalbildenden Lebensversicherungsprodukten dem Geschäftsbereich „Index- und fondsgebundene Versicherung“ zugeordnet.

Die von der Gesellschaft angebotenen Produkte zur Absicherung bei Verlust der Arbeitskraft, wie beispielsweise selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie entsprechende Zusatzversicherungen zur Beitragsübernahme und Rente bei Berufsunfähigkeit, werden im Geschäftsbereich Krankenversicherung erfasst.

## A.1.3 Wesentliche verbundene Unternehmen

Das Unternehmen hält keine Anteile an verbundenen Unternehmen.

## A.1.4 Wesentliche Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle oder sonstige Ereignisse, die sich erheblich auf das Unternehmen ausgewirkt haben.

## A.2 Versicherungstechnische Leistung

### A.2.1 Versicherungstechnische Leistung gesamt

Der Saldo der versicherungstechnischen Leistung lag im Geschäftsjahr 2016 bei –48.775 Tsd. Euro. Diesem stand ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von 51.860 Tsd. Euro gegenüber, das in Kapitel A.3 dargestellt wird. Zusammen mit dem Kapitalanlageergebnis ergibt sich ein versicherungstechnisches Ergebnis nach HGB in Höhe von 3.105 Tsd. Euro.

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Gebuchte Beiträge	131.969
Veränderung der Beitragsüberträge	376
Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.383
Sonstige versicherungstechnische Erträge	25
Aufwendungen für Versicherungsfälle	–146.558
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	–10.603
Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	–15.762
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–12.506
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	–838
Rückversicherungsergebnis	–241
<b>Versicherungstechnische Leistung gesamt</b>	<b>–48.755</b>
Kapitalanlageergebnis	51.860
<b>Versicherungstechnisches Ergebnis nach HGB</b>	<b>3.105</b>

Gebuchte Beiträge sind die im Geschäftsjahr vereinnahmten Beiträge. Davon entfielen im Geschäftsjahr 2016 61.397 Tsd. Euro auf Einmalbeiträge und 70.572 Tsd. Euro auf laufende Beiträge.

Zur Abgrenzung der auf das Geschäftsjahr entfallenden Beitragsanteile werden die gebuchten Beiträge um die Veränderung der Beitragsüberträge korrigiert, d. h. um die Beitragsüberträge des Vorjahres erhöht und um die Beitragsüberträge am Bilanzstichtag vermindert.

Bei den Beiträgen aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung handelt es sich um Überschussanteile der Versicherten, die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen und zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet werden.

Die Positionen „Sonstige versicherungstechnische Erträge“ und „Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen“ beinhalten alle Erträge und Aufwendungen, die nicht einem anderen Posten der versicherungstechnischen Leistung zugeordnet werden.

Die von dem Unternehmen zu tragenden Aufwendungen für Versicherungsfälle setzen sich aus den Zahlungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe zuzüglich der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zusammen. Die Zahlungen für Versicherungsfälle umfassen im Wesentlichen Auszahlungen bei Ablauf der Versicherungen und Leistungen für Todesfälle.

Die Entwicklung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen wird vor allem durch die Veränderung der Deckungsrückstellung in Höhe von 10.568 Tsd. Euro dominiert. Die Summe der von den Kunden geleisteten Sparbeiträge, die darauf anfallenden rechnungsmäßigen Zinsen sowie die Zuführung zur sogenannten Zinszusatzreserve übersteigen die Leistungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe, womit im Wesentlichen der Anstieg der Deckungsrückstellung erklärt wird.

Die Aufwendungen für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung stellen die Zuführung zur Reserve für die künftigen Überschussbeteiligungen der Kunden dar. Sie ist gleichzeitig der wesentliche Bestandteil des Gesamtüberschusses des Unternehmens.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beinhalten Abschlussaufwendungen in Höhe von 9.296 Tsd. Euro und Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 3.210 Tsd. Euro.

Das Rückversicherungsergebnis ergibt sich aus den Anteilen des Rückversicherers an den versicherungstechnischen Aufwendungen abzüglich der abgegebenen Rückversicherungsbeiträge.

Im Folgenden werden einzelne Positionen der versicherungstechnischen Leistung nach Geschäftsbereichen unterteilt. Davon ausgenommen sind sonstige versicherungstechnische Erträge und Aufwendungen sowie Positionen der Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Des Weiteren sind in der Aufstellung keine Kapitalanlageerträge enthalten.

## A.2.2 Versicherung mit Überschussbeteiligung

	<b>Geschäftsjahr</b> <b>Tsd. €</b>
Gebuchte Beiträge	123.842
Veränderung der Beitragsüberträge	376
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-144.160
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	-7.594
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-11.354
Rückversicherungsergebnis	-124

Der Anteil des Geschäftsbereiches „Versicherung mit Überschussbeteiligung“ an den gesamten gebuchten Bruttobeiträgen lag mit 123.842 Tsd. Euro bei rund 93,8 Prozent.

## A.2.3 Index- und fondsgebundene Versicherung

	<b>Geschäftsjahr</b> <b>Tsd. €</b>
Gebuchte Beiträge	3.300
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-863
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	-2.627
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-207
Rückversicherungsergebnis	-38

Mit 3.300 Tsd. Euro entfielen rund 2,5 Prozent der gebuchten Bruttobeiträge auf die „Index- und fondsgebundene Versicherung“.

## A.2.4 Krankenversicherung

	<b>Geschäftsjahr</b> <b>Tsd. €</b>
Gebuchte Beiträge	4.828
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-1.534
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	-382
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-945
Rückversicherungsergebnis	-79

Die gebuchten Beiträge in der Krankenversicherung beliefen sich auf 4.828 Tsd. Euro. Dies entspricht rund 3,7 Prozent der gesamten gebuchten Beiträge.

## A.3 Anlageergebnis

### A.3.1 Ergebnis zum Stichtag

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Laufende Erträge	38.291
Zuschreibungen	61
Abgangsgewinn	15.951
Laufende Aufwendungen	-1.454
Abschreibungen	-1.361
Verlust aus dem Abgang	-82
Nicht realisiertes Ergebnis	452
<b>Gesamt</b>	<b>51.860</b>

Das Anlageergebnis inklusive des nicht realisierten Ergebnisses belief sich auf 51.860 Tsd. Euro. Ohne das nicht realisierte Ergebnis belief sich das Anlageergebnis auf 51.407 Tsd. Euro. Bei den Bruttoerträgen konnte die SAARLAND Lebensversicherung ein Ergebnis in Höhe von 54.296 Tsd. Euro verzeichnen.

Die Nettoverzinsung<sup>1</sup> lag bei 3,7 Prozent, die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. empfohlenen Methode – bei 2,7 Prozent.

### A.3.2 Laufende Erträge

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	37.416
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	205
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	11.158
Aktien	48
Aktien – nicht notiert	48
Anleihen	25.316
Staatsanleihen	10.000
Unternehmensanleihen	14.817
Strukturierte Schuldtitel	499
Organismen für gemeinsame Anlagen	689
Vermögenswerte – index- und fondsgebundene Verträge	213
Darlehen und Hypotheken	662
Policendarlehen	199
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	463
<b>Gesamt</b>	<b>38.291</b>

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen lagen im Geschäftsjahr bei 38.291 Tsd. Euro. Der Großteil der Kapitalerträge resultierte mit 25.316 Tsd. Euro aus Zinserträgen von Anleihen sowie mit 11.158 Tsd. Euro aus Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen. Bei den Anleihen entfielen die Zinserträge mit 14.817 Tsd. Euro und 10.000 Tsd. Euro im Wesentlichen auf Unternehmensanleihen und Staatsanleihen.

<sup>1</sup> Ohne nicht realisiertes Ergebnis

### A.3.3 Zuschreibungen

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	61
Organismen für gemeinsame Anlagen	61
<b>Gesamt</b>	<b>61</b>

Die Zuschreibungen beliefen sich auf 61 Tsd. Euro und entfielen vollständig auf Organismen für gemeinsame Anlagen.

### A.3.4 Abgangsgewinn

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	15.951
Anleihen	15.948
Staatsanleihen	12.876
Unternehmensanleihen	3.072
Organismen für gemeinsame Anlagen	3
<b>Gesamt</b>	<b>15.951</b>

Das Ergebnis aus der Veräußerung von Kapitalanlagen belief sich auf 15.951 Tsd. Euro und resultierte mit 12.875 Tsd. Euro im Wesentlichen aus Staatsanleihen.

### A.3.5 Laufende Aufwendungen

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	107
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	17
Planmäßige Abschreibungen auf Grundstücken und Bauten	48
Aktien	6
Aktien – nicht notiert	6
Organismen für gemeinsame Anlagen	10
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	26
Verwaltungsaufwendungen	1.347
<b>Gesamt</b>	<b>1.454</b>

Im Geschäftsjahr lagen die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen bei 1.454 Tsd. Euro. Sie entfielen insbesondere auf Verwaltungsaufwendungen (1.347 Tsd. Euro).

### A.3.6 Abschreibungen

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	1.361
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	192
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.169
<b>Gesamt</b>	<b>1.361</b>

Die Abschreibungen in Höhe von insgesamt 1.361 Tsd. Euro betrafen im Wesentlichen außerplanmäßige Abschreibungen auf Organismen für gemeinsame Anlagen.

### A.3.7 Verlust aus dem Abgang

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)	82
Aktien	15
Aktien – nicht notiert	15
Organismen für gemeinsame Anlagen	67
<b>Gesamt</b>	<b>82</b>

Der Verlust aus dem Abgang belief sich auf 82 Tsd. Euro und resultiert im Wesentlichen aus Organismen für gemeinsame Anlagen.

### A.3.8 Nicht realisiertes Ergebnis

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	1.453
Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	1.001
<b>Gesamt</b>	<b>452</b>

Das nicht realisierte Ergebnis belief sich auf 452 Tsd. Euro und beinhaltet die nicht realisierten Gewinne und Verluste aus den Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice.

## A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

### A.4.1 Sonstige wesentliche Einnahmen und Aufwendungen im Berichtszeitraum

Das Ergebnis aus sonstiger Geschäftstätigkeit umfasst alle Erträge und Aufwendungen des Unternehmens, die nicht den versicherungstechnischen Leistungen oder dem Anlageergebnis zugerechnet werden.

	<b>Geschäftsjahr</b>
	<b>Tsd. €</b>
Sonstige Erträge und Aufwendungen	-1.195
Steuern	-10
<b>Gesamt</b>	<b>-1.205</b>

Die sonstigen Erträge und Aufwendungen enthalten das Dienstleistungsergebnis, den Aufwand für das Unternehmen als Ganzes, Zinserträge und -aufwendungen für nichtversicherungstechnische Leistungen sowie übrige Ergebnisposten wie Aufwendungen für Projekte und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Zu dem Aufwandssaldo 2016 führten insbesondere der Aufwand für das Unternehmen als Ganzes sowie Projektaufwände. Der Aufwand für das Unternehmen als Ganzes enthält unter anderem Aufwendungen für Jahresabschluss, Beiträge an Versicherungsfachverbände und an die Industrie- und Handelskammer, Versicherungsaufsichtsgebühren, Aufwendungen für Aufsichtsgremien sowie Rechts- und Beratungskosten. Die Projektaufwände resultieren zu einem großen Teil aus Investitionen in die Digitalisierung.

Der Steueraufwand 2016 entfiel überwiegend auf Ertragssteuern. US-Steuererstattungen führten zu einem nahezu ausgeglichenen Steuersaldo.

### A.4.2 Wesentliche Leasingvereinbarungen

Das Unternehmen hat keine wesentlichen Leasingvereinbarungen abgeschlossen.

## A.5 Sonstige Angaben

Nach aktueller Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## B. Governance-System

### B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

#### B.1.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern. Er leitet das Unternehmen nach den aktien- und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen eigenverantwortlich und weisungsfrei. Grundlage der Vorstandstätigkeit sind darüber hinaus die Satzung sowie die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung (GO) nebst Geschäftsverteilung für den Vorstand. Es bestehen folgende Zuständigkeiten:

##### **Dr. Dirk Christian Hermann**

###### **Vorsitzender**

Vertrieb, Personal- und Sozialwesen, Recht, Revision, Datenschutz, Compliance, Risikomanagement

##### **Rigobert Maurer**

Versicherungsbetrieb (Service/Antrag/Leistung, Mathematik, betriebliche Altersversorgung), Betriebswirtschaft (Rechnungswesen, Controlling), Informationsmanagement (Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung, Datenverarbeitung), Kapitalanlagen (Vermögensanlage und -verwaltung), Versicherungsmathematische Funktion, Risikomanagement

Die GO des Vorstandes sieht eine eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung der einzelnen Vorstandsmitglieder innerhalb der ihnen zugewiesenen Ressorts vor. Bei wesentlichen, ressortübergreifenden oder bei Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, entscheidet der Gesamtvorstand. Die Satzung und die GO des Vorstandes enthalten enumerative Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrates für bestimmte bedeutende Maßnahmen.

Die Vertretung der Gesellschaft nach außen erfolgt satzungsgemäß durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen. Die oben genannten internen Entscheidungszuständigkeiten nach der GO des Vorstandes bleiben hiervon unberührt.

Die GO des Vorstandes regelt darüber hinaus unter anderem das Verhältnis zum Aufsichtsrat sowie den Umgang mit potenziellen persönlichen Interessenkonflikten der Vorstandsmitglieder.

Die Vorstandsmitglieder wirken unter anderem mit dem operativen Leiter der Unabhängigen Risikocontrollingfunktion (URCF) im Risikoausschuss der SAARLAND-Versicherungen zusammen. Der Risikoausschuss dient der Erörterung aller Fragen zur Risikosituation und des Risikomanagements der SAARLAND-Versicherungen sowie der entsprechenden Information der Vorstandsmitglieder. Es besteht eine enge Verknüpfung mit dem Konzern-Risikoausschuss der Versicherungskammer Bayern.

Der Vorstand hat für wesentliche Unternehmensbereiche und -funktionen innerbetriebliche Leitlinien verabschiedet, in denen die Grundsätze, Verantwortlichkeiten, wesentlichen Abläufe und Schnittstellen dieser Funktionen festgelegt sind. Diese Leitlinien setzen neben der Geschäfts- und Risikostrategie des Unternehmens auch allgemeine Grundsätze um, wie zum Beispiel eine angemessene Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten unter Berücksichtigung des Three-Lines-of-Defense-Unternehmensmodells.

## B.1.2 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat obliegen die ihm nach Aktien- und Aufsichtsrecht sowie in der Satzung zugewiesenen Aufgaben. Insbesondere ist er für die Bestellung der Vorstandsmitglieder, ihre Vergütung und für die Geschäftsverteilung im Vorstand zuständig. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes und wirkt über Zustimmungsvorbehalte an bestimmten wesentlichen Geschäftsmaßnahmen mit. Seine innere Organisation wird darüber hinaus in einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt. Sie enthält auch eine Informationsordnung, welche die vom Vorstand dem Aufsichtsrat zu erteilenden Mindestinformationen festschreibt.

Dem Aufsichtsrat gehören folgende Mitglieder an:

- Dr. Ralph Seitz (Vorsitzender)
- Cornelia Hoffmann-Bethscheider (1. stv. Vorsitzende)
- Hans Jürgen Alt<sup>1</sup> (2. stv. Vorsitzender)
- Ute Ambrosius<sup>1</sup>
- Dr. Harald Benzing
- Charlotte Britz
- Herbert Bauer<sup>1</sup> (ab 02.05.2016)
- Ramona Freitag<sup>1</sup>
- Frank Jakobs
- Holger Marx<sup>1</sup>
- Klaus-Dieter Schmitt
- Dr. Stephan Spieleder
- Helmut Späth
- Helmut Treib
- Klaus G. Leyh (ab 02.05.2016)
- Dr. Robert Heene (bis 02.05.2016)
- Sabine Dörr-Schriever (bis 02.05.2016)

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss eingerichtet, dem die Überwachung von Rechnungslegung, Internem Kontrollsystem, Interner Revision, Risikomanagement und Compliance obliegt.

Darüber hinaus besteht ein Personalausschuss, der die Entscheidungen des Aufsichtsratsplenums zur Bestellung der Vorstandsmitglieder sowie zu ihren Anstellungsverträgen und ihrer Vergütung vorbereitet.

## B.1.3 Schlüsselfunktionen

Das Unternehmen hat, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend, die vier Schlüsselfunktionen Interne Revision, Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion (VMF) eingerichtet. Mit der operativen Wahrnehmung der drei erstgenannten Schlüsselfunktionen hat das Unternehmen die BLBV beauftragt, die diese Funktionen zentral für alle Versicherungsunternehmen des Konzerns VKB wahrnimmt. Zum 01.01.2017 wurde die operative Wahrnehmung VMF auf die BL ausgegliedert.

Die Interne Revision beurteilt durch einen risikoorientierten Ansatz die Angemessenheit, Wirksamkeit und Effizienz aller Geschäftsprozesse und Unternehmensfunktionen, insbesondere des Risikomanagements sowie der internen Steuerungs- und Kontrollsysteme. Ferner prüft sie die Einhaltung von gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Normen sowie der internen Regelungen.

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung aller zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und Selbstverpflichtungen mit Außenwirkung sowie die zu den externen Anforderungen erlassenen internen Leitlinien und Richtlinien. Sie wirkt auf eine Prävention von Compliance-Verstößen hin und berät die Geschäftsleitung und die Mitarbeiter.

---

<sup>1</sup> Arbeitnehmersvertreter

Die Risikomanagementfunktion (auch „Unabhängige Risikocontrollingfunktion“ genannt) koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Unternehmensebenen und in allen Geschäftsbereichen. Sie unterstützt die Geschäftsleitung bei der Einrichtung und Umsetzung des Risikomanagementsystems. Dabei entwickelt sie Methoden und steuert Prozesse zur Risikoidentifikation, -bewertung und -überwachung. Sie überwacht und bewertet die Gesamtrisikosituation des Unternehmens. Dabei werden auch Experten aus anderen Unternehmens- und Konzernbereichen einbezogen, unter anderem das Aktuariat, das dezentrale Controlling oder die Rückversicherung.

Der VMF obliegen als zentrale Aufgaben die Koordination und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II sowie die Stellungnahme zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen.

Die operativ verantwortlichen Leiter der Schlüsselfunktionen wirken (mit Ausnahme der VMF) unbeschadet ihrer jeweiligen Einzelverantwortlichkeit in einem auf Konzernebene eingerichteten Governance-Ausschuss zusammen. Dieser erarbeitet eine gesamtheitliche Sicht auf wesentliche governancerelevante Vorgänge und berichtet hierüber an den Vorstand.

Die Aufgaben und Befugnisse der Schlüsselfunktionen und ihrer verantwortlichen Inhaber sind in den innerbetrieblichen Leitlinien festgelegt. Den Funktionsinhabern sind dabei alle Befugnisse und Ressourcen eingeräumt, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Diese Befugnisse bestehen zuvorderst in einem aufgabenbezogenen umfassenden Informationsrecht grundsätzlich gegenüber allen anderen Unternehmensbereichen. Sie verfügen darüber hinaus über direkte Berichtslinien zum Vorstand, die vom Zusammenwirken der Schlüsselfunktionen im Governance-Ausschuss (s. o.) nicht berührt werden.

Im Rahmen ihres Aufgabenbereiches haben die Schlüsselfunktionsinhaber neben dem Informationsrecht vor allem Richtlinienkompetenzen sowie Vorschlags- und Überwachungsrechte. Die Gesamt- und Letztverantwortung der Geschäftsleitung, insbesondere für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagementsystems, bleibt hiervon unberührt.

Weisungsrechte gegenüber anderen Funktionsbereichen stehen den Schlüsselfunktionen grundsätzlich nicht zu; in Konfliktfällen erfolgt eine Eskalation an das zuständige Vorstandsmitglied oder den Gesamtvorstand.

Die Berichterstattung gegenüber dem Vorstand erfolgt turnusmäßig mindestens einmal jährlich in besonderen schriftlichen Berichten, darüber hinaus ad hoc aus besonderem Anlass. Des Weiteren wird jährlich ein integrierter Managementbericht der Schlüsselfunktionen an die Vorstände erstellt, der im Governance-Ausschuss abgestimmt wird.

Schließlich fließen die Ergebnisse der Tätigkeit der Schlüsselfunktionen in aufsichtsrechtliche Berichte ein. An den Aufsichtsrat werden unter anderem der SFCR und der ORSA-Bericht, darüber hinaus vierteljährliche Risikoberichte, die von der Risikomanagementfunktion erstellt werden, sowie der Revisionsbericht übermittelt.

## **B.1.4 Vergütungspolitik**

Die Festsetzung der Vergütung basiert auf transparenten Prinzipien und Prozessen. Sie wird anhand von markt- und branchenbezogenen Vergleichsstudien unter Beachtung der konkreten Funktion und ihrer speziellen Anforderungen, des Verantwortungsbereiches sowie der persönlichen Fähigkeiten und Erfahrungen ermittelt.

Die Vergütungspolitik beachtet die langfristigen Interessen und Leistungen des Unternehmens, fördert eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und ermutigt nicht zur Übernahme von Risiken, welche die Risikotoleranzschwelle des Unternehmens übersteigen.

Die Vergütung beinhaltet auf allen Leitungs- und Beschäftigungsebenen primär eine funktions- und verantwortungsbezogene Festvergütung.

Darüber hinaus sind bei der Unternehmensleitung und bei Schlüsselfunktionen, bei Führungskräften und auf Mitarbeiterenebene mit außertariflicher Vergütung variable, vom Erreichen festgelegter Ziele abhängige Vergütungsbestandteile vorgesehen, die sich an den Unternehmensinteressen ausrichten.

Die Vergütungskomponenten stehen in einem ausgewogenen Verhältnis und differieren aufgaben- sowie verantwortungsbezogen. Die funktionsbezogenen Zielsetzungen berücksichtigen unternehmens- und konzernbezogene sowie persönliche Erfolge und umfassen sowohl finanzielle als auch nicht finanzielle Kriterien. Die Erfolgsziele tragen der Art und dem Zeithorizont der Geschäftstätigkeit Rechnung. Die auf allen Leitungs- und Beschäftigungsebenen überwiegend feste Vergütung ermöglicht es dem Unternehmen, die Bonuspolitik flexibel an den Unternehmensinteressen auszurichten.

Für Vorstandsmitglieder sind Versorgungsbezüge nach Beendigung des Dienstvertrages, insbesondere nach Erreichen der vertraglichen Altersgrenze und bei Dienstunfähigkeit, sowie an Hinterbliebene im Todesfall des Vorstandsmitgliedes zugesagt.

Inhaber von Schlüsselfunktionen erhalten ebenfalls Versorgungsleistungen im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie ihre Hinterbliebenen bei Tod des Versorgten.

Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten eine feste jährliche Vergütung, ein von der Sitzungsteilnahme abhängiges Sitzungsgeld und Auslagenersatz.

### **B.1.5 Besondere Transaktionen**

Im Berichtszeitraum fanden keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern, mit Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder mit Mitgliedern des Vorstandes bzw. Aufsichtsrates statt. Es besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der SF als abführungsberechtigtem Unternehmen und Mehrheitsaktionär der Gesellschaft.

### **B.1.6 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum**

Das Jahr 2016 stand im Zeichen des Inkrafttretens des neuen VAG im Zusammenhang mit der Solvency-II-Richtlinie und der darauf aufbauenden Delegierten Verordnung. Aufbauorganisatorisch bedingte dies vor allem die Einführung der VMF – personenidentisch wahrgenommen mit der Funktion des Verantwortlichen Aktuars –, eine Vertiefung des IKS auf Basis der modellierten Geschäftsprozesse sowie die Weiterentwicklung der Compliance-Organisation und des Risikomanagementsystems. Ablauforganisatorisch erfolgte unter anderem die Implementierung des neuen Berichtswesens und der damit verbundenen Prozesse.

### **B.1.7 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems**

Die Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems gemäß § 23 (2) VAG erfolgt jährlich mit wechselnden Schwerpunkten und beinhaltet grundsätzlich neben der Beurteilung der internen Kontrollsysteme auch die Einhaltung von gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie hierbei insbesondere die Einhaltung der Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation. Der Vorstand hat den Governance-Ausschuss beauftragt, die der Bewertung zugrundeliegende Überprüfung durchzuführen und die Ergebnisse an den Vorstand zu berichten.

Schwerpunkte im Jahr 2016 waren die Organisationsstruktur der Geschäftsorganisation, das Business-Continuity-Management, die Fit & Proper-Anforderungen, das unternehmensinterne Kommunikationssystem sowie das Outsourcing der Schlüsselfunktionen.

Der Governance-Ausschuss hat die Konzernrevision mit der Koordination der Prüfung beauftragt. Aus Gründen der Objektivität wird die Schlüsselfunktion „Interne Revision“ von der Compliance-Funktion bewertet. Bei der

Prüfungsdurchführung greift der Governance-Ausschuss unter anderem auf die Prüfungsergebnisse der Konzernrevision sowie der Compliance-Funktion zurück. Soweit zu einzelnen Elementen des Governance-Systems noch keine oder veraltete Prüfungsergebnisse dieser Schlüsselfunktionen vorliegen, führt der Governance-Ausschuss eigene Prüfungshandlungen, zum Beispiel durch Einsichtnahme in Unterlagen oder Interviews, durch. Die Ergebnisse der Überprüfung des Governance-Systems werden in einem von den einzelnen Mitgliedern des Governance-Ausschusses unterschriebenen Bericht der Geschäftsleitung zeitnah zur Verfügung gestellt. Die Beseitigung von eventuell vorhandenen Mängeln wird durch den Governance-Ausschuss überwacht.

Nach den Feststellungen des Governance-Ausschusses und des Vorstandes ist die Geschäftsorganisation des Unternehmens zur Verfolgung der Geschäfts- und Risikostrategie angemessen aufgestellt. Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist transparent und verfügt über alle erforderlichen Elemente mit einer klaren Aufgabenzuweisung und einer Trennung der Zuständigkeiten, die Interessenkonflikte vermeidet. Die Compliance-Organisation ist so strukturiert, dass auch unter Berücksichtigung der Komplexität der mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens einhergehenden Risiken die Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet ist. Darüber hinaus ist das unternehmensinterne Kommunikationssystem durch die Anzahl und Qualität der internen Berichterstattung geeignet, eine risikoadäquate Unternehmenssteuerung sicherzustellen.

## B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Die spezifischen Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde der Personen, die das Unternehmen leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, werden in einem funktionsbezogenen Auswahlprozess durch das zuständige Organ oder den verantwortlichen Unternehmensbereich überprüft und bewertet.

Die Auswahl erfolgt nach einem für die jeweilige Funktion festgelegten Verfahren, das die regulatorischen Vorgaben an die fachliche Eignung und die persönliche Zuverlässigkeit erfüllt und die Anforderungen an die Funktion umfassend berücksichtigt.

Die Anforderungen an die bereits ausgeübten Tätigkeiten und erworbenen Kenntnisse tragen der Größe, dem Geschäftsmodell und der Komplexität des Unternehmens adäquat Rechnung.

Bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation kommt der Proportionalitätsgrundsatz zur Anwendung. Überprüft wird, ob die Kenntnisse und Erfahrungen der Person, bezogen auf das konkrete Geschäfts-, Wirtschafts- und Marktumfeld, in einem angemessenen Verhältnis zur Größe und Marktbedeutung des Unternehmens sowie zu Art, Umfang, Komplexität und Risiken der betriebenen Unternehmensgegenstände stehen. Zur persönlichen Zuverlässigkeit einer Person wird insbesondere deren persönliche und finanzielle Integrität beurteilt. Die Bewertung erfolgt insbesondere unter Berücksichtigung des persönlichen und des Marktverhaltens der Person sowie strafrechtlicher, finanzieller und aufsichtsrechtlicher Erkenntnisse; der Proportionalitätsgrundsatz findet hierbei keine Anwendung.

Bei Vorstandsmitgliedern wird sichergestellt, dass sie über angemessene Erfahrungen und Qualifikationen vor allem in den Bereichen Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-System, finanz- und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorische Anforderungen verfügen, die ein solides und vorsichtiges Management des Unternehmens gewährleisten.

Bei der Besetzung des Aufsichtsgremiums und der Auswahl seiner Mitglieder wird sichergestellt, dass die Aufsichtsratsmitglieder über die erforderliche Sachkunde zur angemessenen Wahrnehmung der Kontroll- und Überwachungsfunktionen verfügen und mit dem Tätigkeitsbereich des Unternehmens vertraut sind. Hierbei müssen die Mitglieder des Aufsichtsgremiums über angemessene Erfahrungen und Qualifikationen zumindest in den Bereichen Versicherungs- und Finanzmärkte, Geschäftsstrategie und -modell, Governance-Systeme, finanz- und versicherungsmathematische Analyse sowie regulatorische Rahmenbedingungen und Anforderungen verfügen.

Die verantwortlichen Inhaber der Schlüsselfunktionen müssen die fachliche Qualifikation der jeweiligen Aufgabenbeschreibung oder der sich sonst aus der Tätigkeit ergebenden Anforderungen an Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen erfüllen. Im Einzelnen werden folgende Anforderungen an die fachliche Qualifikation gestellt:

Der Inhaber der Risikomanagementfunktion verfügt über ein abgeschlossenes Hochschulstudium, welches Grundkenntnisse der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Versicherungsunternehmen vermittelt und auch Kenntnisse in mathematischen und stochastischen Methoden und Modellierungen gewährleistet. Er verfügt bereits über Führungserfahrung und hat durch seinen bisherigen beruflichen Werdegang Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation von Versicherungsunternehmen sowie versicherungstechnischer, versicherungsbetrieblicher und vertrieblicher Risiken erworben.

Der Inhaber der Compliance-Funktion muss ebenfalls über ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie über angemessene Erfahrungen und Kenntnisse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse eines Versicherungsunternehmens und über in der Praxis erworbene juristische Kenntnisse, insbesondere des Versicherungsaufsichtsrechts sowie im Bereich Compliance, verfügen.

Der Inhaber der Funktion Interne Revision muss angemessene Erfahrungen und Kenntnisse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse eines Versicherungsunternehmens sowie der Prüfung der Angemessenheit/Wirksamkeit des IKS- und Governance-Systems aufweisen. Er muss gleichermaßen ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie Kenntnisse und Erfahrungen bei der Identifizierung von Abweichungen von internen Regeln und Verfahren besitzen.

Der Inhaber der Versicherungsmathematischen Funktion muss über Erfahrung in aktuariellen Aufgabenstellungen eines Lebensversicherungsunternehmens sowie über angemessene Kenntnisse der Versicherungs- und Finanzmathematik verfügen. Erforderlich sind ein abgeschlossenes Studium sowie die Mitgliedschaft in der Deutschen Aktuarvereinigung. Liegt kein Hochschulabschluss in einer der Disziplinen Mathematik, Wirtschaftsmathematik oder Statistik vor, muss die erfolgreich absolvierte Aktuarausbildung der Deutschen Aktuarakademie (DAA) nachgewiesen werden.

Die Auswahl von vorgesehenen Inhabern der Schlüsselfunktionen erfolgt nach einem festgelegten Auswahlprozess anhand eines Qualifikationsprofils, das sich an den jeweiligen Aufgaben des Funktionsinhabers ausrichtet.

Soweit Ausgliederungsbeauftragte Inhaber der Schlüsselfunktionen sind, müssen sie über eine fachliche Qualifikation verfügen, die es ermöglicht, die Wahrnehmung der ausgegliederten Funktion zu überwachen und zu bewerten.

Zur Beurteilung der fachlichen Qualifikationen und persönlichen Zuverlässigkeit der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, werden die regulatorisch vorgesehenen sowie alle zur angemessenen Bewertung erforderlichen Informationen herangezogen.

Nach der Besetzungsentscheidung wird die fortdauernde fachliche und persönliche Eignung in einem festgelegten funktionsbezogenen Prozess unter Einholung und Auswertung geeigneter Informationen regelmäßig überprüft.

## B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

### B.3.1 Risikomanagementsystem

Um die Risiken im Unternehmen adäquat und effektiv zu steuern weist das Unternehmen ein umfassendes Risikomanagementsystem mit entsprechenden Risikoprozessen auf, das im Folgenden erläutert und beschrieben wird.

#### Aufbauorganisation

Die Risikomanagementstruktur des Unternehmens sorgt für eine konkrete Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten; dabei wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung sichergestellt. Die Risikomanagementstruktur besteht aus zentralen und dezentralen Komponenten.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Der Risikoausschuss des Konzerns der Versicherungskammer Bayern bildet das Empfehlungsgremium im Risikomanagementprozess. Dieser dient der Beratung und Entscheidungsvorbereitung für die Vorstände zu Fragen des Risikomanagements, wie zum Beispiel Entwicklung der Risikostrategie, der Risikotragfähigkeit sowie der Risikoberichte. Der Ausschuss tagt mindestens dreimal im Jahr und darüber hinaus ad hoc bei Auftreten von wesentlichen Veränderungen der Risikolage.

Im Konzern VKB wurden neben dem Risikoausschuss weitere Gremien (z. B. Governance-Ausschuss, Risikogremium und Modellkomitee) eingerichtet. Diese dienen der Empfehlung und Entscheidungsvorbereitung und gewährleisten die Förderung der Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Das Modellkomitee befasst sich zum Beispiel mit Themen, die das Standardmodell, die Modelle zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen für die Solvabilitätsübersicht sowie gegebenenfalls Weiterentwicklungen einzelner Modellteile betreffen und zur dauerhaften Erfüllung der Vorschriften nach Solvency II dienen. Experten aus verschiedenen Bereichen beraten, informieren, diskutieren und entscheiden (abhängig von Komplexität und Materialität) über die Ergebnisse, Annahmen, Qualität und Weiterentwicklungen der Modelle.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern VKB zentral von der Abteilung Konzernrisikoccontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrolling-Einheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagecontrolling, dem Aktuariat Leben sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen.

Die Risikomanagementfunktion wird um weitere aufsichtsrechtliche Schlüsselfunktionen – Interne Revision, Compliance- und Versicherungsmathematische Funktion – ergänzt. Alle Schlüsselfunktionen sind in das sogenannte Drei-Verteidigungslinien-Modell („Three-Lines-of-Defense-Modell“) eingebettet. Das Modell stellt ein ganzheitliches und funktionsfähiges Kontroll- und Überwachungssystem innerhalb des Unternehmens dar.

Die erste Verteidigungslinie bildet das operative Management.

Die Aufgaben des operativen Managements umfassen die Sicherstellung der Identifizierung, Beurteilung und Kontrolle sowie der Verminderung der Risiken, welche im Rahmen der Geschäftstätigkeit entstehen können. Des Weiteren ist das operative Management dafür verantwortlich, die Übereinstimmung der Aktivitäten mit den Unternehmenszielen zu gewährleisten.

Die zweite Verteidigungslinie umfasst im Wesentlichen das Risikomanagement, die Compliance- und die Versicherungsmathematische Funktion.

Die Aufgabe der zweiten Verteidigungslinie besteht unter anderem darin, die in der ersten Verteidigungslinie aufgebauten Kontrollen auszubauen und zu überwachen. Diese Funktion wird implementiert, um sicherzustellen, dass die erste Verteidigungslinie ordnungsgemäß konstruiert und wirksam ist.

Die dritte Verteidigungslinie wird durch die Interne Revision wahrgenommen. Sie prüft die gesamte Geschäftsorganisation inklusive des Risikomanagementsystems und des Internen Kontrollsystems und damit auch die erste und zweite Verteidigungslinie.

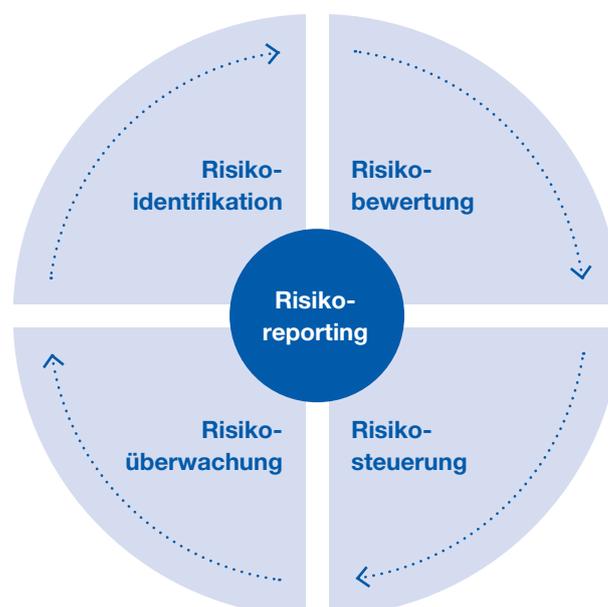
### Risikostrategie

Grundlage aller strategischen Entscheidungen ist die genaue Kenntnis des Gesamtrisikoprofils. Das Gesamtrisikoprofil resultiert sowohl aus kurzfristig wirkenden Risiken aus dem operativen Tagesgeschäft als auch aus langfristigen Risiken, die sich aus der Geschäftsstrategie ergeben. Damit ist das unternehmensindividuelle Gesamtrisikoprofil nicht nur durch Art und Höhe, sondern auch durch die zeitliche Struktur der identifizierten Risiken beschrieben.

Die Risikostrategie knüpft an das Gesamtrisikoprofil an und berücksichtigt dieses in angemessener Form. Sie leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns VKB ab. Sie beschreibt Art und Umfang der wesentlichen Risiken des Unternehmens. Darüber hinaus wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess mit ein. Die Risikostrategie wird durch den Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert. Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Über den Risikokontrollprozess, insbesondere die Risikoidentifikation, -bewertung und -analyse, besteht eine direkte Beziehung zum operativen Tagesgeschäft

### B.3.2 Risikomanagementprozess

Zu den Kernaufgaben der Risikomanagementfunktion im Rahmen des Risikomanagementprozesses zählen insbesondere Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikoüberwachung und Risikoüberwachung.



### Identifikation

Die Risikoidentifikation beginnt bereits mit dem strategischen Planungsprozess. Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren und einzuschätzen. Dadurch können die spezifischen Fachkenntnisse im Umgang mit Risiken optimal genutzt werden. Das dezentrale Risikocontrolling der Gruppe VKB setzt sich aus Teilen der Kapitalanlage, dem Aktuariat Leben, der Rückversicherung sowie dezentralen Controllingeinheiten zusammen. Diese erarbeiten Vorschläge für Vorgaben der Risikomodelwelt in der VKB als Entscheidungsunterstützung für den Vorstand.

Im Zuge des Risikomanagementprozesses führt das Unternehmen einmal jährlich eine Risikoinventur durch. Der Fokus liegt dabei auf der Erfassung sämtlicher Risiken und Prozesse, die sich nachhaltig negativ auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens auswirken können. Um diese Risiken zu vermeiden bzw. zu reduzieren, werden spezifische Handlungsstrategien plausibilisiert und bei Bedarf weiterentwickelt. Mithilfe einer zentralen Risikodatenbank werden alle vorhandenen Risiken in den einzelnen Ressorts bzw. Geschäftsbereichen erfasst; darin werden die Ursachen beschrieben und die Risiken auf Basis von Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet sowie Maßnahmen zur Reduzierung aufgeführt.

### Bewertung

Für die Bestimmung des Gesamtrisikoprofils kommen im Unternehmen diverse Methoden zum Einsatz. In Abhängigkeit von der Risikoart erfolgt die Risikobewertung mithilfe des Solvency-II-Standardmodells, mit alternativen quantitativen Methoden oder durch Expertenschätzung. Um die Diversifikation im Unternehmen zu berücksichtigen, werden die Risikohöhen der Einzelrisiken mit vorgegebenen Korrelationsmatrizen mithilfe des Solvency-II-Standardmodells zur Gesamtrisikohöhe aggregiert.

Ein teilweises oder vollständiges internes Modell wird nicht verwendet.

Ebenso erfolgt eine Bewertung der Wirkung von neuen Produktstrukturen, Strategien, Geschäftsfeldänderungen und Absicherungsmaßnahmen auf das Gesamtproduktisikoprofil.

Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird die Gesamtheit der ökonomischen Eigenmittel ins Verhältnis zur Gesamtrisikohöhe gesetzt. Das Ziel des Unternehmens ist es, mindestens eine ausreichende Bedeckung für das Unternehmen sicherzustellen.

### Steuerung

Auf Basis der Risikotragfähigkeit ist im Unternehmen ein konsistentes Limitsystem für die Aktiv- und Passivseite zur Risikobegrenzung installiert, das die von der Geschäftsleitung im Einklang mit der Risikostrategie gesetzten Begrenzungen der Risiken auf die wichtigsten steuernden Organisationsbereiche des Unternehmens herunterbricht. Die Risiko- und Ertragssituation wird hierzu auf Basis eines konsistenten Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Die Überschreitung vorab definierter Schwellenwerte gibt frühzeitig Aufschluss über die Risikosituation und dient der Frühwarnindikation. Die Limitauslastung ist in Form von Risikokennzahlen dargestellt. Diese können sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur sein. Während des Geschäftsjahres wird die tatsächliche Risikobedeckung anhand von Risikokennzahlen regelmäßig kontrolliert und das Ergebnis periodisch an die Geschäftsleitung berichtet. Die Risikokennzahlen werden auf Gesamtunternehmensebene aggregiert und mit dem Anteil an Risikodeckungspotenzial verglichen, der zur Abdeckung der Risiken eingesetzt werden soll. Die gewählten Limits sind mit der von der Geschäftsleitung festgelegten Risikostrategie und dem Anteil an Risikodeckungspotenzial, der zur Abdeckung der Risiken eingesetzt wird, konsistent.

### Überwachung und Reporting

Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht neben einer frühzeitigen und flächendeckenden Identifikation, Bewertung und Steuerung von Risiken auch deren laufende Überwachung. Der Informationsfluss wird durch einen definierten Berichtsprozess sichergestellt.

Es wird zwischen einer periodischen, regelmäßigen Berichterstattung (z. B. monatlich, quartalsweise) und einer Ad-hoc-Berichterstattung (z. B. Situationsberichte) über Limitauslastungen und -überschreitungen seitens des zentralen Risikomanagements unterschieden. Das Ad-hoc-Meldewesen greift bei Ausnahmefällen ein, zum Beispiel bei besonders schwerwiegenden Überschreitungen, um eine umgehende Reaktion der Geschäftsleitung auf unvorhergesehene und ungewollte Risikoentwicklungen sicherzustellen.

### B.3.3 ORSA-Prozess

Die Mitglieder des Vorstandes sorgen für eine angemessene Ausgestaltung des ORSA und steuern dessen Durchführung. Dabei dient der Konzern-Risikoausschuss der Beratung und Entscheidungsvorbereitung für den Vorstand. Der Risikoausschuss bzw. der Vorstand hinterfragt die Risikoidentifikation, -analyse und -bewertung. Dabei überprüft er auch die Angemessenheit der Annahmen sowie die Ergebnisse.

Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus den ORSA-Berichten werden nach der Freigabe durch den jeweiligen Vorstand zeitnah allen relevanten Mitarbeitern mitgeteilt. Neben dem Vorstand werden zusätzlich der Aufsichtsrat, der Governance-Ausschuss, weitere Schlüsselfunktionen sowie alle relevanten Unternehmenseinheiten aus den Bereichen Aktuariat, Controlling und Kapitalanlage über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt.

Bei der Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs erfolgt eine unternehmenseigene Einschätzung des Kapitalbedarfs und anderer Mittel, die das Unternehmen nach eigener Auffassung einsetzen muss, um seine Risiken angemessen abzusichern.

Als Grundlage für die Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs dient die Standardformel. Diese wird durch die Erkenntnisse und Einschätzungen aus der Angemessenheitsanalyse ergänzt. Die Angemessenheitsanalyse dient der Überprüfung, inwiefern die SCR-Berechnung nach Standardformel das Risikoprofil des Unternehmens angemessen abbildet. Dabei werden alle materiellen bzw. wesentlichen Risiken einbezogen, denen das Unternehmen kurz- und mittelfristig ausgesetzt ist. Dazu zählen auch Risiken, die in der Standardformel nicht abgebildet sind. Das Risk-Ranking spiegelt die Bedeutung der aufgeführten Risiken für das Unternehmen wider. Das Risk-Ranking berücksichtigt zum einen die SCR-Höhe des einzelnen Risikos zum Stichtag und in den Projektionsjahren, zum anderen fließt das Abweichungspotenzial der Risiken zwischen interner Einschätzung und Berechnung nach Standardformel ein.

Das Unternehmen führt mindestens einmal pro Jahr eine umfassende unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung durch. Turnusmäßig erfolgt dies jeweils per 31. Dezember des Berichtsjahres. Eine anlassbezogene Beurteilung war im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht notwendig.

Der ORSA wird in den Planungs- und Strategieprozess eingebunden. Die Projektionsergebnisse aus dem ORSA bilden die Grundlage für weitere Planungs- und Entscheidungsprozesse. Sie dienen unter anderem als eine Grundlage für die Einführung neuer Produkte hinsichtlich der Risikotragfähigkeit und der Festlegung der strategischen Asset Allocation.

Des Weiteren fließen in den ORSA Erkenntnisse aus der Erstellung der Unternehmenspläne ein. Umgekehrt finden die Ergebnisse des ORSA Eingang in den mittelfristigen Kapitalmanagementplan.

## B.4 Internes Kontrollsystem

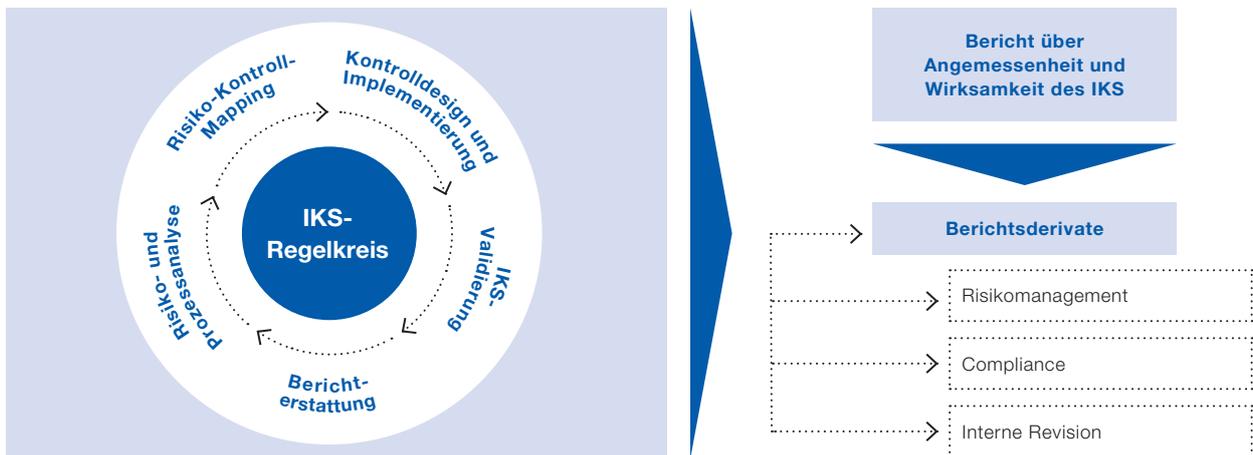
### B.4.1 Strukturen und Prozesse des IKS

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Gruppenvorgaben Rahmenbedingungen und Mindestanforderungen für das IKS implementiert.

Als Teil des unternehmensweiten Risikomanagements bildet das IKS somit ein wichtiges Element der Corporate Governance der VKB-Unternehmen. Der marktgängige und weltweit anerkannte COSO-Standard (Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission), bestehend aus den fünf Kernelementen Kontrollumfeld, Risikobewertung, Kontrollaktivitäten, Information/Kommunikation sowie Überwachung, bildet den Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des IKS der VKB.

Um ein unternehmens- und konzernweit konsistentes IKS sicherzustellen, wurde bei der BLBV die zentrale IKS-Instanz geschaffen, die sowohl auf Gruppenebene als auch zur Unterstützung der Einzelunternehmen tätig wird. Aufgaben der zentralen IKS-Instanz sind unter anderem die Erarbeitung von Vorgaben zur Ausgestaltung des IKS und die Überwachung der Umsetzung des IKS in der VKB-Gruppe. Es findet eine regelmäßige Abstimmung zwischen den IKS-Verantwortlichen und der Compliance-Funktion sowie dem Risikomanagement statt. Darüber hinaus ist eine Funktionstrennung mit der unabhängigen Internen Revision gewährleistet. Die IKS-Leitlinie sowie die Schnittstellen-Leitlinie dokumentieren die Vorgaben zum IKS. Der aktuelle Status sowie die Entwicklungen des IKS werden von der zentralen IKS-Instanz laufend überwacht. Neben dem jährlichen IKS-Reporting an den Vorstand nach Abschluss der jährlichen Validierung aller wesentlichen Prozesse, Risiken und Kontrollen findet auch eine regelmäßige unterjährige Berichterstattung statt.

Im IKS werden grundsätzlich diejenigen Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen aufgenommen, die wesentliche Risiken mindern. Durch den IKS-Regelkreis erfolgt die Identifikation der wesentlichen Risiken und Kontrollen wie auch deren jährliche Überprüfung, die, aufgeteilt nach Prozesspaketen, zwischen März und Oktober stattfindet.



Die Gesamtprozessverantwortlichen tragen die Verantwortung für die Umsetzung des IKS-Regelkreises und für die jährliche Überprüfung der wesentlichen Risiken und Kontrollen. Dadurch kann die Aktualität der Prozess-, Risiko- und Kontrolldokumentation sichergestellt werden.

Ausgehend vom Unternehmensprozessmodell des Konzerns VKB deckt das IKS Kern-, Steuerungs- und Unterstützungsprozesse ab und stellt somit eine ganzheitliche konzernweite Erfassung der prozessbezogenen Risiken und Kontrollen unter Einbeziehung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben sicher.

## B.4.2 Compliance

Die Compliance-Funktion folgt einer „zentral-dezentralen“ Struktur und setzt sich zusammen aus dem Chief Compliance Officer (CCO), der zentralen Compliance-Abteilung sowie den dezentralen Themenverantwortlichen, die bestimmte Themengebiete betreuen (z. B. Aufsichtsrecht, Vertrieb, Arbeitsrecht, Kartellrecht etc.).

Das Unternehmen hat seine Compliance-Funktion auf der Grundlage eines Ausgliederungsvertrages an die BLBV ausgelagert. Der Ausgliederungsbeauftragte des Unternehmens ist verantwortlicher Inhaber der Schlüsselfunktion Compliance und damit CCO.

Die Aufgaben der Compliance-Funktion und Rollen im Compliance-Management-System (CMS) sind in der von der Geschäftsleitung verabschiedeten Compliance-Leitlinie niedergelegt. Ihre operative Durchführung wird in einer ausführlichen Compliance-Richtlinie beschrieben.

Es bestehen Schnittstellen zu den weiteren unter Solvency II einzurichtenden Schlüsselfunktionen sowie zu weiteren Funktionen (Unternehmensrecht, Datenschutz, Geldwäsche und Zentrales-Internes-Kontroll-System [ZIKS]). Die Schnittstellen sind so ausgestaltet, dass keine Doppelzuständigkeiten der Funktionen entstehen und Zuständigkeitslücken vermieden werden. Um dies sicherzustellen, wurde die Zusammenarbeit mit den Schnittstellen in einer Schnittstellen-Leitlinie geregelt. Zudem finden im Governance-Ausschuss ein regelmäßiger risikoorientierter Austausch und eine Abstimmung zwischen den Funktionen Risikomanagement, Interne Revision, zentrale Compliance-Funktion, Unternehmensentwicklung und Unternehmensrecht, Datenschutz und Geldwäscheprävention statt.

Die bei der BLBV angesiedelte zentrale Compliance-Abteilung berichtet dem Ausgliederungsbeauftragten als CCO und mit diesem der Geschäftsleitung über compliancerelevante Sachverhalte und Entwicklungen im Unternehmen bzw. im Konzern. Die Themenverantwortlichen übernehmen für das jeweilige Themengebiet die der Compliance-Funktion obliegenden Aufgaben, stehen im regelmäßigen Austausch mit der zentralen Compliance-Abteilung und berichten dieser.

Abhängig von den spezifischen Anforderungen und Informationsbedürfnissen der Empfänger ist eine regelmäßige und eine ad-hoc-gesteuerte Berichterstattung zu Compliance-Themen sichergestellt.

Der Schlüsselfunktion Compliance wurden durch die Geschäftsleitung unter anderem die nachfolgenden Rechte und Kompetenzen übertragen:

- Richtlinienkompetenz der zentralen Compliance-Funktion im Rahmen der Ausgestaltung des CMS, inklusive Methodenkompetenz und fachliches Weisungsrecht gegenüber den dezentralen Themenverantwortlichen,
- Vorschlagsrecht zur Ausgestaltung von Compliance-Verhaltensgrundsätzen im Rahmen eines Verhaltenskodex für die Unternehmen des Konzerns VKB in Abstimmung mit der Geschäftsleitung,
- Überwachungsrecht und -pflicht bei Compliance-Themen,
- Eskalationsrecht,
- uneingeschränktes Informationsrecht.

## B.5 Funktion der Internen Revision

Aufgaben und Befugnisse der Internen Revision sind in der Leitlinie „Interne Revision“ geregelt. Die Konzernrevision nimmt keine weiteren Aufgaben wahr, wodurch keine Interessenkonflikte bestehen. Die Interne Revision arbeitet unabhängig und unterliegt keinem Weisungsrecht hinsichtlich der Prüfungsdurchführung und Bewertung von Prüfungsergebnissen.

Die Interne Revision besteht aus den Abteilungen Revision Querschnittsfunktionen und Revision Versicherungstechnik. Die Interne Revision ist personell quantitativ und qualitativ adäquat ausgestattet, um sämtliche Prüfgebiete abzudecken.

Die Aufgabenfelder der Internen Revision erstrecken sich auf geplante Prüfungsleistungen (ex post und projektbegleitende), ungeplante Sonderprüfungen im Auftrag der Geschäftsleitung, mit den Fachbereichen vereinbarte Beratungsleistungen zu unterschiedlichen revisionsrelevanten Themengebieten und auf die Bearbeitung von Anfragen des Bundeskriminalamtes im Rahmen der Koordinierungsstelle des GDV.

Die Tätigkeit der Internen Revision beruht auf einem umfassenden und jährlich fortgeschriebenen risikoorientierten Prüfungsplan. Alle gesetzlich oder aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen sind im Revisionsplan enthalten.

Die Prüfung der Internen Revision bezieht sich auf alle wesentlichen Aktivitäten der Konzernunternehmen bzw. des Konzerns.

## B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Gesellschaft hat auf Basis des § 31 VAG in Verbindung mit § 79 VAG eine Versicherungsmathematische Funktion (VMF) eingerichtet. Sie erfüllt damit die aus Solvency II resultierende Anforderung an die Aufbaustruktur von Versicherungsunternehmen. Die wesentlichen Aufgaben der VMF sind in § 31 Abs. 1 und Abs. 2 VAG geregelt. Konkrete Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Prozesse regelt die Gesellschaft in einer eigenen Leitlinie (Leitlinie VMF Solo Lebensversicherung), die regelmäßig überprüft und bei Bedarf aktualisiert und angepasst wird.

Die zentrale Aufgabe der VMF ist die Überprüfung der Angemessenheit der in der Solvabilitätsübersicht angesetzten versicherungstechnischen Rückstellungen. Sie umfasst die Koordination, Überwachung, Beratung, Unterstützung und Berichterstattung mit dem Ziel, eine mit den regulatorischen Anforderungen konforme Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen, die Angemessenheit der Zeichnungs- und Annahmepolitik sowie die Angemessenheit des Rückversicherungsprogramms sicherzustellen.

Der regelmäßige Informationsaustausch zwischen VMF und Risikomanagementfunktion (URCF) ist innerhalb der Governance-Struktur der Gesellschaft und darüber hinaus durch die Teilnahme der URCF und der VMF an den Sitzungen des Arbeitskreises Solvency II und Asset-Liability-Management Lebensversicherung sowie des spartenübergreifenden Modellkomitees gesichert. Außerdem trug die VMF innerhalb ihres originären Auftrages zu einer wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems bei (z. B. bezüglich Risikomodellierung und Berichterstattung).

VMF und Compliance-Funktion haben keine besonderen funktionspezifischen Schnittstellen. Sie tauschen sich aber insbesondere in Bezug auf die Einhaltung aller aufsichtsrechtlichen Vorgaben bei der Einrichtung der VMF aus.

Die VMF unterliegt der risikoorientierten, nachgelagerten Prüfung durch die Interne Revision im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit des Bewertungsprozesses und des Entscheidungsprozesses sowie die Sicherstellung der Einhaltung aller internen und externen Vorschriften bzgl. Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die auf Gruppenebene angesiedelte zentrale IKS-Instanz (ZIKS) unterstützt die VMF der Gesellschaft durch Informationen über im Überwachungsfokus der VMF stehende Schwachstellen.

Die VMF ist ein wesentlicher Bestandteil der internen Überwachung im Unternehmen. Sie ist frei von Einflüssen, die ihre objektive, faire und unabhängige Aufgabenerfüllung beeinträchtigen könnten. Die Gesellschaft ermöglicht dies durch eine angemessene prozessuale und organisatorische Trennung von Berechnungsaufgaben im Verantwortungsbereich des Inhabers der VMF und den durch die VMF durchgeführten oder von der VMF kontrollierten Kontroll- und Validierungsaufgaben (z. B. die Kontrolle der Korrektheit der verwendeten Tools und Systeme, die korrekte Datenübergabe an den im Berechnungsprozess vorhandenen Schnittstellen und die Plausibilisierung der Ergebnisse).

Die VMF ist damit integraler Bestandteil des Governance-Systems des Unternehmens.

Sowohl die VMF als auch alle in die Wahrnehmung der Funktion eingebundenen Personen erfüllen die Anforderungen des § 31 Abs. 3 VAG an die fachliche Qualifikation. Der Inhaber der VMF ist Mitglied der Deutschen Aktuarvereinigung und erfüllt die Anforderungen der berufsständischen Fortbildung. Er verfügt über langjährige einschlägige Berufserfahrung.

Alle relevanten organisatorischen Einheiten müssen die VMF über bedeutende Sachverhalte informieren, die sie für die Erfüllung ihrer Pflichten benötigt. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben besitzt die VMF jederzeit ein entsprechendes Informationsrecht.

## B.7 Outsourcing

Die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Outsourcing-Strategie soll die Erreichung der übergeordneten Geschäftsziele des Unternehmens unterstützen und das Kerngeschäft bzw. die eigene Wettbewerbsposition stärken. Die Outsourcing-Strategie definiert Voraussetzungen, Ziele und grundsätzliche Rahmenbedingungen von Ausgliederungen:

Leistungen, die von einer zentralen Stelle innerhalb des Konzerns VKB erbracht werden können, sollen im Zuge einer grundsätzlichen Outsourcing-Entscheidung bevorzugt an diese Stelle ausgegliedert werden, um die jeweiligen Funktionsbereiche effizient, kundenorientiert und nach konsistenten Standards aufzustellen. Die Berücksichtigung der Belange und Besonderheiten des ausgliedernden Unternehmens, insbesondere die Risikoanalyse vor Ausgliederung, bleibt hiervon unberührt.

Strategisch vorteilhaft ist eine konzerninterne Ausgliederung insbesondere dann, wenn mit ihr die folgenden Ziele erreicht werden:

- Gewährleistung hoher Leistungs- und Qualitätsstandards der ausgegliederten Funktionen und Tätigkeiten unter Berücksichtigung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen
- Optimierung der Unternehmensfunktionen und -prozesse bzw. Bündelung von Fachkenntnissen
- Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen durch Zentralisierung bzw. Realisierung von Synergieeffekten, durch Vermeidung von Redundanzen und durch standardisierte Verfahren und Prozesse
- Erhalt von Kernkompetenzen im Konzern

Sofern eine Ausgliederung oder ihre Fortführung das Risiko einer Beeinträchtigung der Qualität der Geschäftsorganisation, einer übermäßigen Steigerung des operationellen Risikos oder einer Gefährdung der kontinuierlichen und zufriedenstellenden Dienstleistung für die Versicherungsnehmer mit sich bringen würde, wird von einer Ausgliederung bzw. ihrer Fortführung abgesehen.

Die Outsourcing-Strategie sowie das daran anknüpfende Outsourcing-Managementsystem sind Gegenstand der auf Einzelunternehmens- und auf Gruppenebene erlassenen Outsourcing-Leitlinie, die durch eine Outsourcing-Richtlinie konkretisiert wird.

Das Outsourcing-Managementsystem gewährleistet die durchgehende Einhaltung aller prozessualen und vertragsrechtlichen Anforderungen an die verschiedenen Auslagerungen (Risikoanalysen, Dokumentationen, Durchgriffsrechte, Unterbeauftragungen etc.). Neben Beratungen und Qualitätsprüfungen umfasst es auch IT-gestützte Vertragserstellung sowie Leistungsbewertungen und Archivierungen.

Ausgliederungen werden durch dezentrale Outsourcing-Beauftragte des ausgliedernden Unternehmens sowie durch das bei der BLBV angesiedelte zentrale Outsourcing-Management des Konzerns VKB begleitet. Bei konzerninternen Ausgliederungen stehen auf Auftragnehmerseite zuvorderst die für die ausgegliederte Funktion bzw. den ausgegliederten Prozess verantwortlichen Gesamt- und Teilprozessverantwortlichen in der Leistungs- bzw. Steuerungsverantwortung. Dem ausgliedernden Unternehmen sind zur Überwachung und Steuerung der ausgegliederten Tätigkeiten im Ausgliederungsvertrag die erforderlichen Befugnisse, insbesondere umfassende Informations-, Kontroll- und Weisungsrechte, eingeräumt. Die Erreichung der mit dem Outsourcing verfolgten Ziele sowie die Einhaltung der vereinbarten Leistungsstandards werden im Rahmen der turnusmäßig durch die dezentralen Outsourcing-Beauftragten durchzuführenden Sachstandsabfrage in Zusammenarbeit mit dem zentralen Outsourcing-Management überprüft und nachgehalten.

Die Überwachung der ausgegliederten Schlüsselfunktionen (Interne Revision, Compliance und Risikomanagement, zum 01.01.2017 auch die VMF; siehe oben B.1.3) obliegt besonderen Ausgliederungsbeauftragten. Diese Funktion wird von bestimmten Vorstandsmitgliedern wahrgenommen. Sie können dabei auf die Unterstützung speziell eingesetzter dezentraler Outsourcing-Beauftragter und des zentralen Outsourcing-Managements zugreifen.

Das Unternehmen hat neben den vorgenannten Schlüsselfunktionen auch wesentliche Querschnittsfunktionen (u. a. Kapitalanlage, Rechnungswesen, IT, Datenschutz) an die BLBV ausgegliedert. Konzernintern werden darüber hinaus für das Unternehmen Unterstützungsleistungen in den Bereichen Vertrieb, Betrieb und Leistung erbracht. Die konzerninternen Dienstleister haben ihren Sitz in Deutschland.

Konzernexterne Ausgliederungen wichtiger Funktionen liegen vor. Der Auftragnehmer Deutsche Assistance Service GmbH hat seinen Sitz in Deutschland.

## B.8 Sonstige Angaben

Zum Jahreswechsel 2016/2017 wurden sämtliche innerbetrieblichen Leitlinien gemäß dem konzernweit festgelegten Review-Prozess überprüft und Anfang des Jahres 2017 etwa erforderliche Aktualisierungen vorgenommen. Im Übrigen liegen nach aktueller Einschätzung keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## C. Risikoprofil

### C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Das versicherungstechnische Risikoprofil des Unternehmens ist insbesondere durch das biometrische Risiko, das Kosten- und das Stornorisiko geprägt.

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Einzelrisiken mit der höchsten Risikoexposition zum Stichtag 31.12.2015<sup>1</sup>:

Versicherungstechnische Faktoren		Exposure des betreffenden Risikotreibers zum 31.12.2016		
		Risikotreiber	Betrag in Tsd. €	% am Gesamtportfolio
Biometrisches Risiko	Sterblichkeit	riskiertes Kapital	1.470.215	62
		gebuchte Beiträge	57.097	38
	Langlebigkeit	mathematische Reserven	779.964	62
		gebuchte Beiträge	88.780	59
	Invalidität	riskiertes Kapital	412.504	17
		gebuchte Beiträge	4.673	3
Kosten	Kosten	Kostentyp:		
		▪ Abschluss	10.186	
		▪ Verwaltung	3.359	
		▪ Kapitalanlagenverwaltung	1.274	
Storno	Rückkauf	mathematische Reserven	1.176.031	93
		gebuchte Beiträge	146.033	97
	Kapitalwahl	mathematische Reserven	36.372	3
		gebuchte Beiträge	4.516	3

Die Rechnungsgrundlagen zu den biometrischen Risiken (Invalidisierung, Langlebigkeit und Sterblichkeit) werden zur Berechnung von Prämien und Rückstellungen bereits zu Vertragsbeginn festgelegt, unterliegen durch die Langfristigkeit der Verträge allerdings einem deutlichen Trend- und Änderungsrisiko.

Daher wird die Angemessenheit der biometrischen Rechnungsgrundlagen regelmäßig überprüft und sichergestellt. Zudem nimmt der Verantwortliche Aktuar (VA) jährlich im Aktuarbericht zur Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen Stellung. Darüber hinaus werden die Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung im VMF-Bericht analysiert.

Im Rahmen der HGB-Bilanzierung werden Rechnungsgrundlagen verwendet, die durch adäquate Sicherheitszuschläge dem Irrtums-, Zufalls- und Änderungsrisiko angemessen Rechnung tragen und so die Risiken minimieren. Werden diese Sicherheitszuschläge nicht benötigt, generieren sie Überschüsse, die den gesetzlichen Regelungen entsprechend größtenteils an die Versicherungsnehmer weitergegeben werden.

Eine Veränderung der Risikoerwartung kann durch eine Anpassung der künftigen Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer gedämpft werden.

<sup>1</sup> Eine Auswertung zum 31.12.2016 liegt aktuell noch nicht vor.

Wenn beispielsweise die Sterblichkeit bei Risikoversicherungen höher ist als erwartet, werden mehr Leistungen fällig. Durch eine mögliche Reduzierung der Überschussbeteiligung können dennoch ausreichend Mittel bereitgestellt werden, um die Leistungen zu bezahlen (Risikodämpfung).

Durch aktuarielle Analysen und Bewertungen wird die Angemessenheit der Kalkulation überprüft. Die Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen wird durch die Bildung einer Deckungsrückstellung gesichert. Diese wird auf Basis offizieller Renten-, Sterbe- und Invaliditätstafeln und Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. (DAV) sowie mithilfe der Expertise von Rückversicherern für das unternehmensspezifische Kundenportfolio berechnet.

Aufgrund der zu erwartenden höheren Lebenserwartung wurde gemäß den Empfehlungen der DAV für den Bestand an Rentenversicherungen zum 31.12.2016, der nicht auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert wird, wie bereits in den Vorjahren eine zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung vorgenommen. Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder eine weitere von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu erneuten Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen und damit das zukünftige Ergebnis belasten.

Das Kostenrisiko spiegelt die negative Abweichung der tatsächlichen von den kalkulierten Kosten wider. Durch Analysen der Abschluss- und Verwaltungskosten, durch Zerlegung des Rohüberschusses nach Ergebnisquellen sowie durch eine laufende Beobachtung der Kostenentwicklung werden Ursachen für Veränderungen und deren Trends überwacht und eine entsprechende Gegensteuerung sichergestellt. Es werden Entwicklungen im Versicherungsumfeld kritisch beobachtet, um rechtzeitig Maßnahmen zur Kostenreduktion ergreifen zu können.

Das Stornorisiko beschreibt die unerwartete Kündigung von Lebensversicherungsverträgen und wird bei der Berechnung der Deckungsrückstellung angemessen berücksichtigt, indem die Deckungsrückstellung jedes einzelnen Versicherungsvertrages mit Rückkaufsrecht mindestens so hoch angesetzt wird wie der jeweilige vertraglich oder gesetzlich garantierte Rückkaufswert. Eine zusätzliche Belastung ergäbe sich bei raschem Zinsanstieg. Bei vorzeitiger Vertragsbeendigung wären die Versicherungsnehmer nach geltendem Recht nicht an den gegebenenfalls entstandenen stillen Lasten zu beteiligen, sodass diese Verluste bei Verkauf der entsprechenden Kapitalanlagen vollständig von den Gesellschaften zu tragen sind.

Eine vorausschauende Liquiditätssteuerung trägt zur Risikominderung und -steuerung bei, sodass ungeplante Realisierungen von Verlusten bei der Veräußerung von Kapitalanlagen vermieden werden können. Generell ist die Angemessenheit der Annahmen zur Stornowahrscheinlichkeit, die in die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II eingehen, aufgrund der beschriebenen Herleitung im Annahmedokument gegeben. Die Annahmen werden nach objektiven Gesichtspunkten bestimmt und aus vergangenheitsbezogenen Daten abgeleitet sowie nach Produktgruppen getrennt festgelegt.

Das Konzentrationsrisiko entsteht dadurch, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Sie können sowohl durch stark korrelierte Geschäftsfeldaktivitäten als auch durch das Eingehen von hohen Einzelrisiken entstehen.

In der Lebensversicherung können Konzentrationsrisiken eine wesentliche Rolle spielen. Die auf dem Geschäftsgebiet bestehende geografische Konzentration der versicherten Risiken wird als unbedenklich erachtet – insbesondere vor dem Hintergrund des Diversifikationsgrades und der unterschiedlichen Leistungsmerkmale der angebotenen Produkte.

### **Risikosensitivität**

Das Zinsrisiko besteht darin, dass die Erträge der Kapitalanlagen nicht ausreichen, um die garantierten Verpflichtungen gegenüber den Kunden zu erbringen. Da das Lebensversicherungsgeschäft typischerweise sehr lange Vertragslaufzeiten aufweist, existiert kein ausreichend liquider Kapitalmarkt, um diese Verpflichtungen vollständig fristenkongruent abzudecken. Das Zinsrisiko besteht somit aus einem Neu- und einem Wiederanlage- risiko, das im Rahmen der kollektiven Kapitalanlage gesteuert wird.

Diesem Risiko begegnet das Unternehmen im Rahmen des Asset-Liability-Managements (ALM) und des Risikomanagementprozesses.

Durch die in der Vergangenheit möglichst langfristige und hochrentierliche Kapitalanlage, durch den Kauf von Optionen zur Absicherung der Zinsgarantie sowie durch die Senkung der durchschnittlichen Garantieerfordernis im Bestand durch Rechnungszinssenkung für das Neugeschäft und die Bildung der Zinszusatzreserve ist das Unternehmen derzeit in der Lage, auch niedrige Kapitalmarktzinsen abzufedern und somit die Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden jederzeit erfüllen zu können.

## C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko beschreibt die Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inkl. Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) sowie über die Abhängigkeiten und ihre Volatilitätsniveaus. Es leitet sich daher direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe bzw. Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens werden grundsätzlich nach dem Prinzip der unternehmerischen Vorsicht angelegt. In einem Anlagekatalog sind zulässige Anlageklassen und Anlagegrundsätze enthalten. Dadurch wird sichergestellt, dass die Marktrisiken, die insbesondere aus der Anlagetätigkeit resultieren, quantifizierbar und beherrschbar sind. Im Rahmen der Anlageplanung werden diese Vorgaben präzisiert. Dabei sind insbesondere die dauerhafte Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung, die dauerhafte Bedeckung der Verpflichtungen durch Sicherungsvermögen sowie eine Mindestverzinsung nach HGB sicherzustellen.

Im Rahmen des ORSA werden zur Überprüfung der Belastbarkeit der Eigenmittelausstattung ausgewählte Stressszenarien durchgeführt. In den betrachteten Szenarien und im betrachteten Planungszeitraum bleibt die Eigenmittelausstattung stets deutlich oberhalb der intern definierten Warnschwelle.

Zur Sicherstellung der Bedeckung mit Sicherungsvermögen gemäß § 125 VAG werden Stresstests, angelehnt an den ehemaligen Stresstest der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), durchgeführt. Hierfür werden die Auswirkungen eines Kursverlustes am Aktienmarkt, der Rückgang der Marktwerte der Anleihen, die Auswirkungen eines Preisverlustes am Immobilienmarkt sowie von kombinierten Szenarien auf die Bestände analysiert. Darüber hinaus wird mit Blick auf das Konzentrationsrisiko die Mischung und Streuung überwacht. Das Unternehmen hat alle Stressszenarien bestanden und erfüllt die Vorgaben bezüglich Mischung und Streuung.

Zur Sicherstellung einer Mindestverzinsung nach HGB wird in der Planung für jede Risikokategorie ein ausreichendes Risikobudget zur Verfügung gestellt. Für volatile Anlageklassen wie zum Beispiel Aktien muss ein größeres Risikobudget zur Verfügung gestellt werden, sodass im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung die Erzielung der Mindestverzinsung nicht gefährdet wird.

Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen des Unternehmens (etwa 95 Prozent bezüglich des Marktwertes) ist in Zinsträger investiert und somit dem **Zinsrisiko** und überwiegend dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Knapp ein Drittel der Zinsträger entfällt jeweils auf im Direktbestand gehaltene Staatsanleihen (503.552 Tsd. Euro) sowie Unternehmensanleihen (459.963 Tsd. Euro). Die Staatsanleihen setzen sich im Wesentlichen aus Anleihen deutscher Bundesländer sowie Sondervermögen im Zusammenhang mit dem europäischen Stabilitätspakt zusammen.

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem **Aktienrisiko**. Diese entsprechen etwa 4 Prozent der gesamten Kapitalanlagen des Unternehmens ohne fondsgebundene Lebensversicherung. Der Bestand an Eigenkapitalinstrumenten im Direktbestand (1.240 Tsd. Euro) ist von untergeordneter Bedeutung.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Bauten (3.340 Tsd. Euro) als auch Immobilienfonds und -beteiligungen im indirekten Bestand (8.494 Tsd. Euro).

Alle wesentlichen Wechselkursrisiken aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert. Es bestehen keine Verbindlichkeiten in Fremdwährungen.

Abweichend von der Definition der Subrisiken werden das Spreadrisiko und das Marktkonzentrationsrisiko analog der Standardformel nicht unter dem Kreditrisiko, sondern unter dem Marktrisiko dargestellt.

## C.2.1 Zinsrisiko

Der Lebensversicherungsbestand der Gruppe besteht zum überwiegenden Anteil aus Verträgen mit einer garantierten Verzinsung für einen Teil der Versichertenguthaben. Fondsgebundene Lebensversicherungen sind von untergeordneter Bedeutung, allerdings gewinnen sogenannte Hybridprodukte, die beide Ansätze kombinieren, im Neugeschäft an Bedeutung.

Die garantierten Verzinsungen der Sparanteile gelten jeweils für die gesamte Vertragsdauer und hängen von der Rechnungszinsgeneration zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ab. Sie liegen für den Bestand des Unternehmens zwischen 4 Prozent und 1,25 Prozent.

Das Zinsrisiko entsteht in der Lebensversicherung dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zins-sensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen. In der Lebensversicherung besteht zudem das Risiko, dass die Kapitalerträge nicht für die Finanzierung der Zinszusagen ausreichen. Da das Lebensversicherungsgeschäft typischerweise sehr lange Vertragslaufzeiten aufweist, existiert kein ausreichend liquider Kapitalmarkt, um diese Verpflichtungen vollständig fristenkongruent abzudecken. Das Zinsrisiko besteht somit aus einem Neu- und einem Wiederanlagerisiko.

Dabei hat die anhaltende historische Niedrigzinsphase – unter anderem verursacht durch die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise im Euroraum und die damit verbundene Niedrigzinspolitik – das Zinsrisiko deutlich erhöht.

Die Absenkung des Garantiezinses für das ab 2015 abgeschlossene Neugeschäft auf 1,25 Prozent sowie auf 0,9 Prozent für das ab 2017 abgeschlossene Neugeschäft führt langfristig zu einer Reduzierung des durchschnittlichen Rechnungszinses des Versicherungsbestandes und vermindert das Risiko der Zinsgarantie.

Außerdem existiert gemäß den gesetzlichen Vorgaben der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) eine Zinszusatzreserve zur Senkung des zukünftig notwendigen durchschnittlichen Rechnungszinses.

Durch langfristige Kapitalanlagen und bestehende Sicherheitsmittel ist das Unternehmen in der Lage, auch niedrige Kapitalmarktzinssätze abzufedern und somit die Verpflichtungen gegenüber seinen Kunden sicherzustellen.

Um die für die Wahrung der Solvabilität notwendigen Sicherungsmittel jederzeit zu gewährleisten, hat das Unternehmen umfangreiche Asset-Liability-Management- (ALM-) und Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden insbesondere auch die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus auf die HGB- und die Solvency-II-Bilanz mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen geprüft. Dieser Prozess dient dazu, konkrete Maßnahmen für die Steuerung der Kapitalanlagen, aber auch der Verbindlichkeiten abzuleiten.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Zinsniveaus haben mögliche Veränderungen der Zinsstrukturkurve einen signifikanten Einfluss auf das Risikoprofil des Unternehmens. Im aktuellen Zinsumfeld ist für das Unternehmen das Zinsrückgangsrisiko maßgeblich.

Unterstellt man im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, würde dies zu einer Verminderung des Zeitwertes um 105.577 Tsd. Euro führen. Durch die Verschiebung der Zinskurve ergäbe sich keine ergebniswirksame Konsequenz.

Das Berichtswesen enthält Simulationen der Entwicklung der Ergebnisse bei verschiedenen Szenarien an den Immobilien-, Aktien- und Rentenmärkten. Für kurzfristig eintretende Ereignisse, die unmittelbaren Einfluss auf die Risikoexponierung des Zinsrisikos haben, sind entsprechende Ad-hoc-Prozesse definiert.

## C.2.2 Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrundeliegenden Duration. Die Volatilität der Credit-Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Risikobehaftete Titel werden im Rahmen der Kapitalanlage breit gestreut und die Einzelwerte laufend überwacht.

Die hohe Kreditqualität des Bestandes festverzinslicher Wertpapiere zeigt sich daran, dass zum Stichtag 94 Prozent der Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren mit einem Rating im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Ratingklassen stellt sich im Unternehmen für den Gesamtbestand wie folgt dar:

	Zinsträger		davon Bonitätsranking							
	Marktwerte Tsd. €	Quote %	AAA Tsd. €	AA Tsd. €	A Tsd. €	BBB Tsd. €	BB Tsd. €	B Tsd. €	CCC Tsd. €	ohne Rating Tsd. €
Öffentlicher Sektor	652.232	44	337.028	288.029	10.410	9.917	3.179	3.669	0	0
Kreditinstitute	343.870	23	128.521	96.593	87.748	29.583	1.365	16	0	44
▪ davon gedeckt	251.656	17	125.890	65.792	42.056	17.350	568	0	0	0
▪ davon ungedeckt	92.214	6	2.631	30.801	45.692	12.232	798	16	0	44
Hybrid/Nachrang	26.074	2	0	5.157	0	10.614	10.303	0	0	0
Sonstige	454.584	31	65.044	19.925	128.491	180.828	30.866	25.311	342	3.777
<b>Gesamt</b>	<b>1.476.760</b>	<b>100</b>	<b>530.593</b>	<b>409.703</b>	<b>226.649</b>	<b>230.941</b>	<b>45.713</b>	<b>28.996</b>	<b>342</b>	<b>3.821</b>

Im Rahmen des ORSA wird die Exponierung des Unternehmens im Spreadrisiko unter Einbeziehung von Staatsanleihen aus der Europäischen Union und mit unternehmensintern angepassten Parametern untersucht.

Die in Anlehnung an den ehemaligen BaFin-Stresstest durchgeführten Stresstests hinsichtlich der Marktwerte der Anleihen können als Realisierung des Spreadrisikos angesehen werden. Untersucht wurde ein Rückgang der Marktwerte der Anleihen um 10 Prozent (isoliertes Rentenszenario) sowie ein kombiniertes Aktien- und Rentenszenario (-16 Prozent und -5 Prozent). Aufgrund der hohen stillen Reserven der Anleihen ist die Wirkung der Stresse auf den handelsrechtlichen Buchwert gemindert. Die Bedeckung ist in den betrachteten Szenarien sichergestellt.

Das Spreadrisiko wird durch strenge Vergabemodalitäten und ein Limitsystem zur Sicherstellung einer angemessenen Mischung und Streuung minimiert. Die Exponierung in Spreadrisiken innerhalb des indirekten Bestandes wird ebenfalls breit gestreut und die Einzelwerte werden laufend überwacht.

## C.2.3 Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen).

Kategorie	Volumen in Tsd. €
Aktien aus geregelten Märkten von EWR- oder OECD-Mitgliedsstaaten (Typ 1)	49.839
Aktien außerhalb von EWR- oder OECD-Mitgliedsstaaten, nicht börsennotierte Aktien, Hedgefonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen (Typ 2) inkl. strategische Beteiligungen und europäische Infrastrukturinvestments	19.001

Der Bestand an Aktien und mit Aktienrisiko behafteten Investitionen beträgt etwa 4 Prozent des Kapitalanlagebestandes, bezogen auf den Zeitwert der handelsrechtlichen Bilanz. Aufgrund der vergleichsweise hohen Volatilität dieser Anlageklasse hat das Aktienrisiko dennoch Relevanz für das Unternehmen. Durch dynamische Quotensteuerungsstrategien wird das Aktienrisiko operativ durch den Einsatz von Optionen und Futures gesteuert.

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen werden dynamische Quotensteuerungsstrategien eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die Quotensteuerung zielt auf eine möglichst hohe Aktienrendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Kursverluste im Fall von kritischen Marktentwicklungen ab. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, d. h. Futures und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes entsprechend dem zugrundeliegenden Aktienbestand.

Die offene Aktienquote zum Stichtag beträgt 3,23 Prozent. Der Anteil an Aktien im Direktbestand ist im Vergleich zum indirekten Bestand von untergeordneter Bedeutung.

Die Risikoexponierung gegenüber dem Aktienrisiko wird im Rahmen des ORSA untersucht. Hierfür werden auch unternehmensspezifische Schockfaktoren herangezogen, die aus der historischen Entwicklung der internen strategischen Aktienbenchmark bzw. aus dem eigenen Private-Equity-Portfolio abgeleitet werden.

Die Auswirkungen von Kursverlusten am Aktienmarkt auf die Bedeckung (nach HGB) werden im Rahmen der an den ehemaligen BaFin-Stresstest angelehnten Stressszenarien untersucht. Die unterstellten Szenarien sind ein isoliertes Aktienszenario (-24 Prozent), ein kombiniertes Aktien- und Rentenszenario (-16 Prozent und -5 Prozent) sowie ein kombiniertes Aktien- und Immobilienszenario (-16 Prozent und -10 Prozent). Die Kapitalausstattung des Unternehmens ist insofern ausreichend, als die Bedeckung der Verbindlichkeiten auch in den betrachteten Stressszenarien erfüllt ist.

## C.2.4 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Für das Unternehmen ist die Exponierung gegenüber dem Immobilienrisiko aufgrund des geringen Bestandes von untergeordneter Bedeutung. Die Anlagen in Immobilien stellen eine Ergänzung des Kapitalanlageportfolios dar.

Das Immobilienrisiko wird insbesondere durch ein aktives Portfoliomanagement gemindert.

## C.2.5 Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwertes oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments. Die funktionale Währung des Unternehmens ist der Euro.

Eine risikogerechte Analyse des Wechselkursrisikos wird im Rahmen des ORSA mit den im Portfolio des Unternehmens enthaltenen Währungspaaren durchgeführt. Dabei ist das Unternehmen nur Wechselkursrisiken auf der Aktivseite ausgesetzt, da sämtliche Verbindlichkeiten in Euro gehalten werden.

Das Wechselkursrisiko wird durch Einsatz von Derivaten gemindert: Dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportfolios in gängigen Währungen vollumfänglich abgesichert. Aus diesem Grund ist das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Zur Absicherung des Wechselkursrisikos werden Terminverkäufe von Fremdwährungen getätigt. Zur Verringerung bzw. Schließung der Positionen werden Terminkäufe höchstens in Höhe der entsprechenden offenen Positionen abgeschlossen. Durch das Festlegen von Schwankungsbreiten aus operativen Gründen ist eine

Unter- und Überdeckung möglich. Zur Sicherstellung der Effektivität der Sicherungsbeziehungen wird die Unter- bzw. Überdeckung laufend überwacht.

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den als auch innerhalb der Anlageklassen ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagenkonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden. Die Mischung der Vermögensanlagen soll durch einen Risikoausgleich zwischen den verschiedenen Anlagen anlagetypische Risiken begrenzen und so die Sicherheit des gesamten Bestandes herstellen. Es gilt der Grundsatz, dass eine einzelne Anlageklasse nicht überwiegen darf.

Unter „Streuung“ ist die zur Risikodiversifizierung gebotene Verteilung der Anlagen aller Arten auf verschiedene Schuldner bzw. bei Immobilien auf verschiedene Objekte zu verstehen. Die Quoten werden risikoorientiert aus der Bonität der jeweiligen Schuldner(gruppe) abgeleitet.

Durch die Festlegung von Limits in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen sowie deren laufende Überwachung wird eine hohe Diversifikation des Portfolios erreicht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

### C.3 Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern. Das Gegenparteiausfallrisiko beinhaltet somit die fälligen Ansprüche gegenüber den genannten Parteien.

Dabei werden zwei verschiedene Kategorien unterschieden:

- Ausfallrisiko gegenüber Rückversicherern und Banken sowie Derivaten (außer Kreditderivate, die bereits im Rahmen des Spreadrisikos behandelt werden) (Typ 1)
- Ausfallrisiko gegenüber Vermittlern und Versicherungsnehmern sowie Hypothekendarlehen (Typ 2)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikoexponierung des Unternehmens innerhalb des Gegenparteiausfallrisikos:

Art der Exponierung in Tsd. €	Erwarteter Verlust bei Ausfall
<b>Typ 1</b>	
Rückversicherer	–
Derivate	9.861
Bankguthaben	52.718
Exposures Typ 1 (außer RV, Derivate und Bankguthaben)	–
<b>Typ 2</b>	
Versicherungsnehmer	626
Versicherungsvermittler	362
Versicherungen	1.068
Depotforderungen	3
Hypothekendarlehen	14
<b>Gesamt</b>	<b>64.652</b>

Bei dem Unternehmen stellen Forderungen gegenüber Banken die größte Risikoexponierung innerhalb des Gegenparteiausfallrisikos dar. Es bestehen zum Stichtag keine Exponierungen gegenüber Rückversicherern.

Die Einlagen bei Banken setzen sich aus laufenden Bankguthaben, kurzfristigen Tages- und Termingeldern im Direktbestand sowie Kassenbeständen in den Fondsvermögen zusammen. Diese Vermögen sind hochliquide

und kurzfristig verfügbar. Der Bestand an Derivaten wird überwiegend in den Fonds gehalten. Die Gegenparteien sind Banken mit guter Bonität.

Im Rahmen des HGB-Abschlusses wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden und Vermittler zur Risikovorsorge um eine ausreichende Pauschalwertberichtigung vermindert.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft der vergangenen drei Jahre beträgt 1,6 Prozent.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler bei dem Unternehmen ist von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfallrisiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, wird der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

## C.4 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund mangelnder Liquidität bzw. Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Bei der Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sind die zu erwartenden Zahlungsströme aller relevanten Aktiv- und Passivposten zu berücksichtigen. Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können.

Dies geschieht insbesondere durch Planung und Überwachung aller zu erwartenden Zahlungsströme aus dem Kapitalanlagebereich und der Versicherungstechnik.

Im Rahmen der Finanzplanung werden, abgeleitet aus der Mittelfristplanung der Geschäftszahlen und einer Langfristsimulation der Zahlungsströme der Aktiv- und Passivseite, die unterjährigen, mittelfristigen und langfristigen Zahlungsströme sowie die notwendige Liquidität ermittelt.

Die überschüssige Liquidität wird für den Kapitalanlageprozess zur Verfügung gestellt. Bei nicht ausreichender Liquidität werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Zur kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung ist die Um disponierung der geplanten Kapitalanlage oder die Liquidierung hochliquider Mittel mit stabilem Wert möglich. Für die Beschaffung von mittel- und langfristiger Liquidität sind folgende Aktivitäten vorgesehen:

- Liquidierung von schwankungsintensiven liquiden Mitteln auch in Krisenzeiten
- Verkauf von Forderungen an Dritte
- Ausgabe von Nachrangdarlehen
- Einforderung ausstehender Einlagen
- Aufnahme von Eigenmitteln
- Verringerung oder Aussetzen der Ausschüttung
- Abschluss von Rückversicherungsverträgen

Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Soll-Ist-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Zum Ausgleich von unerwartet hohen Zahlungen muss der Gesamtbestand der Vermögensanlagen so zusammengesetzt sein, dass stets ein betriebsnotwendiger Betrag an liquiden oder ohne Schwierigkeiten liquidierbaren Anlagen vorhanden ist. Die Höhe der erforderlichen Liquidität ergibt sich aus extremen Szenarien, welche die Liquidität besonders belasten (Liquiditätsstresstest).

Im Rahmen des Liquiditätsstresstests wird in Form eines geeigneten Stressszenarios geprüft, ob zum Ausgleich von unerwartet hohen Zahlungen ausreichend liquidierbare Mittel im Gesamtbestand vorhanden sind.

Das Stressszenario wird durch ein Extremereignis seitens der Versicherungstechnik oder durch den Ausfall des Emittenten mit dem größten Exposure zum 31.12.2016 definiert, abhängig davon, welches Ereignis den größeren Stress darstellt. Zur Einstufung der Liquidierbarkeit der Kapitalanlagen wird den einzelnen Wertpapieren ein Liquiditätskennzeichen zugeordnet, das über den Grad der Liquidierbarkeit Auskunft gibt. Sind im Stressfall ausreichend schnell liquidierbare Kapitalanlagen vorhanden, gilt der Stresstest als bestanden.

Das betrachtete Szenario für das Unternehmen ist die Kombination eines Massenstornos im Umfang von 10 Prozent und eines Zinsanstiegs um 1 Prozent, woraus sich eine Kapitalanforderung in Höhe von 151.201 Tsd. Euro ergibt. Der Liquiditätsstresstest hat ergeben, dass für die Kapitalanforderung dieses Stressszenarios ausreichend liquide Mittel im Bestand enthalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände ist gewährleistet, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Darüber hinaus sorgt eine vorsichtige, konservative sowie taktische und strategische Asset-Allocation für eine angemessene Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos.

## C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten, die durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen hervorgerufen werden. Darüber hinaus werden Risiken aufgrund von externen Einflüssen berücksichtigt.

Das operationelle Risiko umfasst Risiken in den Bereichen IT, Recht und im Zusammenhang mit Betrugsfällen, jedoch nicht strategische sowie Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Datensicherheit hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen. Dazu zählen ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Diese gewährleisten eine kontinuierliche Anpassung an die technische Weiterentwicklung und wirken somit risikominimierend in Bezug auf potenzielle technische Bedrohungen. Angemessene und regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen DV-technischen Störungen oder Ausfällen.

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen gesetzlicher oder vertraglicher Rahmenbedingungen ergeben. Dies umfasst zivil- und handelsrechtliche sowie bilanz- und steuerrechtliche Risiken. Neue Regelungen und Gesetzesentwürfe werden durch die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend beobachtet, um frühzeitig und angemessen im Sinne einer Risikominimierung für das Unternehmen reagieren zu können.

Unter dem Betrugsrisiko werden alle internen und externen Betrugsfälle durch Mitarbeiter, Dienstleister oder Kunden zum Nachteil des Unternehmens erfasst. Dieses Risiko wird durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen beschränkt.

Das umfassende und ursachenbezogene Risikomanagement des Unternehmens sowie ein effizientes Internes Kontrollsystem vermindern diese Risiken. Durch laufende Überwachung der Einhaltung von Gesetzen sowie durch die Vorgabe von externen und internen Richtlinien werden die operationellen Risiken zusätzlich minimiert.

Das Business-Continuity-Management des Unternehmens gewährleistet, dass kritische Geschäftsfunktionen und prozesse auch bei schwerwiegenden Störungen oder Katastrophen in Bezug auf ihre vorgegebenen Kernaufgaben mit den erforderlichen Qualitäts- und Zeitvorgaben erfüllt werden können.

## C.6 Andere wesentliche Risiken

### C.6.1 Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder deren unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Versicherers haben können. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Das strategische Risiko tritt in der Regel im Zusammenhang mit anderen Risiken auf.

Eine breite Palette von laufenden strategischen Maßnahmen sowie laufende Marktbeobachtungen über diverse Marktforschungsstudien kommen bei dem Unternehmen zum Einsatz, um strategische Risiken aufzuspüren und konsequent zu steuern.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Die Analysen des strategischen Risikos haben keine Hinweise auf wesentliche Risikokonzentrationen ergeben.

### C.6.2 Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, inklusive der Führungskräfte und Vorstandsmitglieder, zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie der gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikoccontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die durch die Presse oder durch soziale Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Als Instrument zur Risikominderung wird ein umfangreicher und bewährter situativer Maßnahmenkatalog berücksichtigt. Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabes. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Die Hauptabteilung Compliance trägt innerhalb des Konzerns VKB unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig zu identifizieren und zu vermeiden.

Zudem hat sich der Konzern VKB der Einhaltung des GDV-Kodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch die Vertriebspartner des Konzerns verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern durch den Beitritt zum Code of Conduct, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Die Analysen des Reputationsrisikos haben keine Hinweise auf wesentliche Risikokonzentrationen ergeben.

## C.7 Sonstige Angaben

Es liegen für das Unternehmen keine weiteren berichtspflichtigen Informationen vor.

## D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

### **Bewertungsgrundlagen**

Vermögenswerte sind in der Solvabilitätsübersicht gemäß § 74 (2) VAG mit dem Betrag anzusetzen, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom Marktwert eines Vermögenswertes. Der Marktwert einer an der Börse gehandelten Aktie ist relativ einfach zu bestimmen. Der Marktwert der Aktie entspricht dem Börsenkurs. Eine Vielzahl der Vermögenswerte wird jedoch nicht an einer Börse gehandelt, beispielsweise die Forderungen an unsere Kunden, die Versicherungsnehmer. Die Ermittlung des Marktwertes stellt bei diesem Beispiel eine größere Herausforderung dar und ist mit wesentlich höherem Aufwand verbunden als das Ablesen eines Börsenkurses.

Demgegenüber verfolgt das deutsche Handelsrecht einen völlig anderen Grundsatz bezüglich des Wertansatzes von Vermögenswerten in der Bilanz. Gemäß § 253 (1) Satz 1 HGB dürfen Vermögensgegenstände höchstens mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt werden. Diese Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind dann um entsprechende Abschreibungen zu verringern.

Verbindlichkeiten sind in der Solvabilitätsübersicht gemäß § 74 (3) VAG mit dem Betrag anzusetzen, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom Marktwert einer Verbindlichkeit. Erhält man beispielsweise am 30.12. eine Rechnung, die man am 02.01. bezahlt, so ist der Marktwert dieser Verbindlichkeit in diesem Fall der Rechnungsbetrag. Vor allem bei Rückstellungen und längerfristigen Verbindlichkeiten ist die Marktwertermittlung mit wesentlich höherem Aufwand verbunden.

Demgegenüber verfolgt das deutsche Handelsrecht (HGB) einen völlig anderen Grundsatz bezüglich des Wertansatzes von Verbindlichkeiten in der Bilanz. Gemäß § 253 (1) Satz 2 HGB sind Verbindlichkeiten zu ihrem Erfüllungsbetrag anzusetzen. Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages anzusetzen. Dies ergibt sich ebenfalls aus § 253 (1) Satz 2 HGB.

Sowohl bei den Vermögenswerten als auch bei den Verbindlichkeiten können sich zwischen Solvabilitätsübersicht und der handelsrechtlichen Bilanz für ein und denselben Sachverhalt unterschiedliche Wertansätze ergeben. Aber auch eine Wertgleichheit kann durchaus vorkommen. Die Unterschiede ergeben sich zum einen aus der eingangs beschriebenen unterschiedlichen Wertermittlung. Zum anderen können sich diese Unterschiede auch daraus ergeben, dass ein Sachverhalt in der Solvabilitätsübersicht einer anderen Position zugeordnet ist als in der handelsrechtlichen Bilanz.

In den folgenden Kapiteln werden für alle Positionen der Solvabilitätsübersicht die zur Marktwertermittlung verwendeten Bewertungsverfahren beschrieben und erläutert. Des Weiteren werden die Unterschiede zur handelsrechtlichen Bilanz dargestellt und erklärt.

## D.1 Vermögenswerte

	Solvency II Tsd. €	HGB Tsd. €	Unterschied Tsd. €
Latente Steueransprüche	20.877		20.877
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	1.562.236	1.383.400	178.835
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	3.340	2.030	1.310
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	550.427	536.593	13.834
Aktien	1.240	1.135	104
Aktien – nicht notiert	1.240	1.135	104
Anleihen	988.538	825.357	163.181
Staatsanleihen	503.552	428.406	75.146
Unternehmensanleihen	459.963	376.932	83.031
Strukturierte Schuldtitel	25.023	20.019	5.004
Organismen für gemeinsame Anlagen	9.691	9.284	407
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	9.000	9.000	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	18.093	18.093	0
Darlehen und Hypotheken	14.819	14.139	680
Policendarlehen	2.578	2.578	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	12.240	11.561	680
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	365	365	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	365	365	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	365	365	0
Depotforderungen	3	3	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	2.057	6.081	-4.024
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	2.525	2.525	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.908	1.908	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	28	28	0
<b>Gesamt</b>	<b>1.622.911</b>	<b>1.426.542</b>	<b>196.369</b>

### Latente Steueransprüche

Latente Steuern sind für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, einschließlich versicherungstechnischer Rückstellungen, zu erfassen und zu bewerten, die für Solvabilitäts- oder Steuerzwecke angesetzt werden.

Latente Steuern werden in der Solvabilitätsübersicht für steuerlich wirksame Differenzen zwischen dem Steuerbilanzwert und dem Wert in der Solvabilitätsübersicht der einzelnen Bilanzpositionen gebildet und mit dem unternehmensindividuellen Nominalsteuersatz bewertet.

Latente Steueransprüche des jeweiligen Jahres werden als werthaltig angesehen, soweit ihnen latente Steuerschulden desselben Jahres gegenüberstehen.

Besteht ein Aktivüberhang, wird die Werthaltigkeit der latenten Steuern überprüft und gegebenenfalls eine Wertberichtigung vorgenommen. Für die Werthaltigkeitsprüfung wird ein prognostiziertes steuerliches Totaleinkommen errechnet. Das prognostizierte steuerliche Totaleinkommen ergibt sich aus der Summe der Barwerte der geschätzten steuerlichen Einkommen über einen definierten Betrachtungszeitraum. Das folgt dem Gedanken von Solvency II, wonach bei der Bewertung kein Vorsichtsprinzip gilt, sondern ein „bester Schätzwert“ anzugeben ist.

Soweit der Aktivüberhang die Steuer auf den Barwert der geplanten zu versteuernden Einkommen übersteigt, wird eine Wertberichtigung vorgenommen.

Die Abweichung bei den latenten Steuern ist zum einen auf den unterschiedlichen Ausweis in der Bilanz zurückzuführen. Während latente Steueransprüche und latente Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht getrennt ausgewiesen werden, erfolgt in der Handelsbilanz eine saldierte Darstellung. Saldiert liegt in der Handelsbilanz ein Aktivüberhang der latenten Steuern vor. Dieser Aktivüberhang wird entsprechend dem handelsrechtlichen Wahlrecht des § 274 HGB in der Handelsbilanz nicht bilanziert. In der Handelsbilanz werden deshalb keine latenten Steuern angesetzt.

Zum anderen resultiert der Unterschied zwischen den latenten Steuern aus den Bewertungsunterschieden bei den Vermögenswerten und Schulden in der Solvabilitätsübersicht und in der Handels- und Steuerbilanz. Die unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handelsbilanz und in der Bewertung für Solvabilitätszwecke sind in den Erläuterungen zu den einzelnen Vermögenswerten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten genannt.

### **Immobilien (außer Eigennutzung)**

Da keine Marktpreise oder gemäß der Fair-Value-Hierarchie von Marktpreisen abgeleitete Werte verfügbar sind, wird für die Bewertung fremdgenutzter Immobilien auf alternative Bewertungsmethoden in Abhängigkeit von der Anlageart zurückgegriffen. Für fremdgenutzte Immobilien kommen grundsätzlich die mit dem Ertragswertverfahren für Immobilien ermittelten Zeitwerte zum Ansatz. Diese werden regelmäßig durch Wertgutachten aktualisiert.

Für unbebaute Grundstücke kommen die aus den Bodenrichtwerten abgeleiteten Marktwerte und für Gebäude die Ertragswerte zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte werden zum Bilanzstichtag neu bewertet. Für im Bau befindliche Objekte kommen die kumulierten Herstellungskosten zum Ansatz.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen**

Anteile an verbundenen Unternehmen, die an einem aktiven Markt gehandelt werden, werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Für nicht notierte Beteiligungen, für die keine Marktpreise verfügbar sind, wird auf alternative Bewertungsmethoden in Abhängigkeit von der Beteiligungsart zurückgegriffen.

Verbundene Unternehmen, bei denen es sich um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handelt, werden nach der angepassten Equity-Methode bewertet.

Sonstige Beteiligungen werden vereinfachend mit dem Ertragswertverfahren höchstens mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert bewertet. Immobilienbeteiligungen werden anhand des letzten verfügbaren Nettovermögenswertes bewertet, der von der Investmentverwaltungsgesellschaft mindestens quartalsweise ermittelt wird.

Unter den Beteiligungen werden zusätzlich Anteile an Organismen für gemeinsame Anlagen ausgewiesen, bei denen das Unternehmen einen Anteil von über 20 Prozent hält. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, erfolgt die Bewertung von Organismen für gemeinsame Anlagen zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Abweichend zur Ermittlung der Zeitwerte nach Solvency II wird der Zeitwert für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben von verbundenen Unternehmen, bei denen es sich um Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handelt, mit dem Ertragswertverfahren ermittelt.

### **Aktien – nicht notiert**

Für nicht notierte Aktien oder Anteile liegen keine Börsenkurse vor und es sind keine Marktpreise von identischen oder ähnlichen Vermögenswerten an aktiven Märkten verfügbar. Für derartige Aktien oder Anteile erfolgt die Bewertung somit anhand alternativer Bewertungsmethoden. Der Ansatz erfolgt in Abhängigkeit des Investments mit dem Ertragswert oder dem Nettovermögenswert.

Anteile an Immobiliengesellschaften werden anhand des letzten verfügbaren Nettovermögenswertes bewertet, der von der Investmentverwaltungsgesellschaft mindestens quartalsweise ermittelt wird.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Staatsanleihen**

Staatsanleihen werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, wird mit der Barwertmethode bewertet. Basis ist die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Unternehmensanleihen**

Unternehmensanleihen werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, wird mit der Barwertmethode bewertet. Basis ist die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Strukturierte Schuldtitel**

Strukturierte Schuldtitel werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, wird mit der Barwertmethode bewertet. Basis ist die aktuelle Swap-Kurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads. Optionale Anteile (Callrechte, Swaptions) werden mithilfe von anerkannten Optionspreismodellen (Black Scholes) bewertet. Es werden aktuelle Marktdaten (Zins, Volatilitäten) zur Bewertung verwendet. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Organismen für gemeinsame Anlagen**

An einer Börse notierte Wertpapiere werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, erfolgt die Bewertung von Organismen für gemeinsame Anlagen zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Rücknahmepreis.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten**

Die Bewertung erfolgt vereinfachend zum Rückzahlungskurs. Die Umrechnung von Fremdwährungsanlagen erfolgt mit dem aktuellen Devisenkurs.

### **Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge**

An einer Börse notierte Wertpapiere bzw. Fondsanteile werden mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs bewertet. Sofern kein Börsenkurs vorhanden ist, erfolgt die Bewertung von fondsgebundenen Verträgen zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Nettovermögenswert. Bei indexgebundenen Verträgen wird auf eine externe Kursstellung zum Stichtag zurückgegriffen.

### **Policendarlehen**

Policendarlehen sind von Lebensversicherungsunternehmen ausgereichte Darlehen an Versicherungsnehmer, die über die Policen besichert sind.

Für den Marktwert eines Policendarlehens wird vereinfachend die aktivierte Darlehenshöhe, besichert durch eine vom Versicherungsnehmer abzuschließende Lebensversicherung in entsprechender Höhe, angesetzt. Ein Wertberichtigungsbedarf liegt aufgrund der Besicherung in entsprechender Höhe nicht vor.

### **Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen**

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen werden mit der Barwertmethode bewertet. Die Bewertung erfolgt inklusive Stückzinsen auf Basis der aktuellen Swap-Kurve zuzüglich Spread. Ausnahme sind Mitarbeiterdarlehen; bei diesen wird der Nennwert als Solvency-II-Marktwert angesetzt.

Die Unterschiede zwischen dem Wertansatz nach Solvency II und dem Wertansatz nach HGB resultieren aus den bereits beschriebenen Unterschieden in den Systematiken. Die Ermittlung der Zeitwerte für die Solvabilitätsübersicht entspricht der Ermittlung der Zeitwerte für die gemäß HGB erforderlichen Anhangsangaben. Es ergeben sich keine qualitativen Unterschiede.

### **Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen**

Die einforderbaren Beträge aus der Rückversicherung sind zukünftige Ansprüche aus Rückversicherungsverträgen.

Ausgangspunkt der Wertermittlung gemäß Solvency II sind die aus den Rückversicherungsverträgen errechneten Nominalwerte der einforderbaren Beträge. Aufgrund der guten Bonität der Vertragspartner wurde auf die Berücksichtigung eines Ausfallrisikos bei der Marktwertermittlung verzichtet. Eine Diskontierung wurde nicht vorgenommen, da die einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen relativ niedrig sind und daher als unwesentlich angesehen werden.

In der handelsrechtlichen Bilanz wurden die aus den Rückversicherungsverträgen errechneten Nominalwerte angesetzt.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

Vereinbarungen mit Zweckgesellschaften bestehen im Unternehmen nicht.

### **Depotforderungen**

Die zugrundeliegenden Verträge haben hauptsächlich eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Bonität der Vertragspartner ist zum überwiegenden Teil gut bis sehr gut.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird deshalb bei der Wertermittlung nach Solvency II auf eine Abzinsung und die Berücksichtigung eines Ausfallrisikos verzichtet.

Nach deutschem Handelsrecht wurden ebenfalls die Nominalwerte angesetzt.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

### **Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern**

In diesen Forderungen sind 1.068 Tsd. Euro an vorausbezahlten Versicherungsleistungen auf am 01. Januar fällige Verträge enthalten. Die Auszahlungen erfolgen kurz vor dem Jahreswechsel, damit unsere Kunden pünktlich Anfang Januar über die Leistung ihrer Lebensversicherung verfügen können. Dies hat zur Folge, dass der Geldabfluss im Unternehmen kurz vor dem Jahreswechsel stattfindet (Kürzung des Vermögens). Die zugehörige

Verbindlichkeit geht aber erst mit Fälligkeit des Vertrages am 01. Januar ab (Kürzung der Schulden). Um diesen zeitlichen Versatz auszugleichen, werden Forderungen in Höhe des Geldabflusses in der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember angesetzt.

Der Marktwert dieser Forderung ergibt sich aus dem Nominalbetrag des abgeflossenen Geldes. Dieser Betrag wird auch in der handelsrechtlichen Bilanz angesetzt.

Ein Unterschied zwischen Solvabilitätsübersicht und handelsrechtlicher Bilanz ergibt sich aus diesem Sachverhalt nicht.

Des Weiteren sind in dieser Position fällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern enthalten.

Ausgangspunkt der Wertermittlung sind die Nominalwerte. Ein Ausfallrisiko wurde im Rahmen einer pauschalen Wertberichtigung berücksichtigt. Eine Abzinsung wurde bei der Marktwertermittlung wegen der kurzfristigen Fälligkeit der Forderungen nicht vorgenommen.

Ausgangspunkt der Wertermittlung nach deutschem Handelsrecht sind ebenfalls die Nominalwerte. Auch beim handelsrechtlichen Wertansatz wurde ein Ausfallrisiko im Rahmen einer pauschalen Wertberichtigung berücksichtigt.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

In dieser Position sind noch nicht fällige Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern in Höhe von 4.024 Tsd. Euro enthalten.

Gemäß den Gliederungsvorschriften zur Solvabilitätsübersicht sind diese Forderungen unter den versicherungstechnischen Rückstellungen auszuweisen. Damit ergibt sich für diese Forderungen in der Solvabilitätsübersicht unter dieser Position ein Wertansatz von 0 Euro.

Handelsrechtlich wurde der Nominalwert angesetzt.

Der Unterschied zwischen Marktwert und handelsrechtlichem Wert ergibt sich für die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern somit vollständig aus den unterschiedlichen Gliederungsvorschriften für die noch nicht fälligen Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern.

#### **Forderungen (Handel, nicht Versicherung)**

In dieser Position sind Steuerforderungen in Höhe von 1.216 Tsd. Euro enthalten. Der Marktwert entspricht dabei dem Nominalwert der Forderung, da die Forderungen kurzfristig fällig sind und aufgrund der hohen Bonität des Schuldners mit keinem Ausfall zu rechnen ist.

In dieser Position sind Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 957 Tsd. Euro aus der laufenden Dienstleistungsverrechnung im Konzern VKB enthalten. Diese Forderungen sind kurzfristig, weshalb bei der Marktwertermittlung auf eine Abzinsung verzichtet wurde. Nach unserer Einschätzung wird es zu keinem Forderungsausfall kommen. Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

#### **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente**

Es handelt sich um täglich fällige Bankguthaben auf Girokonten.

Ausgangspunkt der Wertermittlung sind die Nominalwerte. Bei der Marktwertermittlung wurden aus Wesentlichkeitsgründen keine zusätzlichen Risiken, wie zum Beispiel ein Ausfallrisiko, berücksichtigt.

Nach deutschem Handelsrecht erfolgt die Bilanzierung zum Nominalwert.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

### Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Ausgangspunkt der Wertermittlung sind die Nominalwerte. Bei der Marktwertmittlung wurden aus Wesentlichkeitsgründen keine zusätzlichen Risiken, wie zum Beispiel ein Ausfallrisiko, berücksichtigt. Auch auf eine Abzinsung wurde verzichtet.

Nach deutschem Handelsrecht erfolgt die Bilanzierung zum Nominalwert.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

## D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

	Solvency II Tsd. €	HGB Tsd. €	Unterschied Tsd. €
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	1.333.700	1.363.160	-29.460
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	12.970	38.836	-25.866
Bester Schätzwert	8.349		
Risikomarge	4.622		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	1.320.729	1.324.324	-3.595
Bester Schätzwert	1.320.729		
Risikomarge	0		
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	18.286	18.093	192
Bester Schätzwert	18.093		
Risikomarge	192		
<b>Gesamt</b>	<b>1.351.986</b>	<b>1.381.253</b>	<b>-29.268</b>

Im nachfolgenden Kapitel werden die einzelnen Bestandteile sowie die Methoden und Hauptannahmen im Zusammenhang mit der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erläutert. Für wesentliche Geschäftsbereiche gleichartiger Natur, Art und Komplexität wurden identische Verfahren zur Bewertung verwendet, weshalb eine Beschreibung der Methoden und Hauptannahmen nur auf aggregierter Ebene erfolgt.

Auf die Besonderheiten einzelner Geschäftsbereiche wird entsprechend eingegangen.

Nach § 75 VAG sind in der Solvabilitätsübersicht für sämtliche Versicherungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Diese sind auf vorsichtige, verlässliche und objektive Art und Weise zu berechnen. Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen entspricht dem aktuellen Betrag, den Versicherungsunternehmen zahlen müssten, wenn sie ihre Versicherungsverpflichtungen unverzüglich auf ein anderes Versicherungsunternehmen übertragen würden. Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der von den Finanzmärkten bereitgestellten Informationen sowie allgemein verfügbarer Daten zu versicherungstechnischen Risiken und hat mit diesen konsistent zu sein (Marktkonsistenz).

Der Marktwert der versicherungstechnischen (Brutto-)Rückstellungen setzt sich zusammen aus dem besten Schätzwert der Versicherungsverpflichtungen und der Risikomarge.

Gemäß § 77 VAG entspricht der beste Schätzwert dem wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwertes des Geldes und unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve. Die Berechnung basiert auf der Grundlage aktueller und glaubhafter Informationen sowie realistischer Annahmen. Bei der Projektion der künftigen Zahlungsströme werden alle ein- und ausgehenden

Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden.

Die Versicherungsverpflichtungen werden den Geschäftszweigen „Lebensversicherung mit Überschussbeteiligung“, „Index- und fondsgebundene Versicherungen“ sowie „Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung“ zugeordnet. Aufgrund des stark kollektiven Geschäftsmodells erscheint eine weitere Segmentierung in darunterliegende homogene Risikogruppen nicht sachgerecht. Des Weiteren wird keine Unterteilung der Geschäftstätigkeit in regionale Gebiete vorgenommen. Zum Stichtag weisen die versicherungstechnischen Rückstellungen folgende Werte auf:

<b>Versicherungstechnische Rückstellungen</b>	<b>Solvency II Best Estimate<sup>1</sup></b> Tsd. €	<b>Solvency II Risikomarge<sup>1</sup></b> Tsd. €	<b>Solvency II gesamt</b> Tsd. €	<b>HGB</b> Tsd. €	<b>Unterschied</b> Tsd. €
Lebensversicherung (außer index- und fondsgebundenen Versicherungen)	1.320.729	–	1.320.729	1.324.324	–3.595
Index- und fondsgebundene Versicherungen	18.093	192	18.286	18.093	192
Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	8.349	4.622	12.970	38.836	–25.866
<b>Summe</b>	<b>1.347.171</b>	<b>4.814</b>	<b>1.351.986</b>	<b>1.381.253</b>	<b>–29.268</b>

<sup>1</sup> inkl. Abzugsterm aus der Übergangsvorschrift für versicherungstechnische Rückstellungen (Rückstellungstransitional)

Die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Stichtag liegt auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr.

Bei den zugrundeliegenden Annahmen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum festzustellen.

### Zusammensetzung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Der Marktwert der versicherungstechnischen (Brutto-)Rückstellungen des Unternehmens in Höhe von 1.351.986 Tsd. Euro setzt sich wie folgt zusammen:

	<b>Tsd. €</b>
<b>Erwartungswert der Garantie</b>	<b>1.188.452</b>
nach Abzug des anteiligen Rückstellungstransitionals	126.823
<b>Künftige Überschussbeteiligung</b>	<b>140.627</b>
davon Versicherungsnehmer-Optionen und Finanzgarantien	9.850
<b>Fondsgebundene Versicherung</b>	<b>18.093</b>
<b>Risikomarge</b>	<b>4.814</b>
nach Abzug des anteiligen Rückstellungstransitionals	12.321
<b>Versicherungstechnische (Brutto-)Rückstellungen</b>	<b>1.351.986</b>

Zu den Optionen und Finanzgarantien der Versicherungsnehmer zählen das Rückkaufsrecht sowie das Recht auf Kapitalabfindung bei Rentenversicherungen. Zudem bestehen vertraglich garantierte finanzielle Garantien in Form einer kapitalmarktunabhängigen Garantieverzinsung bei gleichzeitigem Recht auf Beteiligung an positiven Überschüssen. Diese Optionen und Garantien werden durch stochastische Verfahren innerhalb der versicherungstechnischen Rückstellungen adäquat berücksichtigt.

### **Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen**

Der Marktwert der versicherungstechnischen (Brutto-)Rückstellungen, wie am Anfang des Kapitels quantitativ dargestellt, setzt sich für alle Geschäftsbereiche zusammen aus dem besten Schätzwert der Verpflichtungen und der Risikomarge.

Als besten Schätzwert der Verpflichtungen bezeichnet man den unter Anwendung realistischer Annahmen berechneten Barwert der zukünftigen Zahlungsströme.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet jegliche Verträge, die zum Stichtag im Bestand geführt wurden. Verträge, die noch nicht beidseitig geschlossen wurden, sind nicht in der Bewertung inkludiert. Dieser Teil des Geschäfts ist im Vergleich zum gezeichneten Geschäft unwesentlich.

Die einzelnen Komponenten der versicherungstechnischen Rückstellungen für Lebensversicherungen inkl. fondsgebundener Lebensversicherungen und Krankenversicherungen nach Art der Lebensversicherung lassen sich durch den Erwartungswert der Garantien, das Rückstellungstransitional, die künftigen Überschussbeteiligungen und den Wert der Optionen und Garantien spezifizieren.

Der Erwartungswert der Garantien beschreibt die Bewertung der zum Stichtag erreichten Garantieleistungen. Darunter versteht man vertraglich fixierte Verpflichtungen gegenüber dem Versicherungsnehmer. Zukünftige Überschüsse, die noch nicht fest zugesagt wurden, sind nicht in diesem Wert enthalten.

Der Wert wird für den aktuellen Bestand ohne Berücksichtigung des zukünftigen Neugeschäfts berechnet und enthält bereits in der Deckungsrückstellung oder dem Ansammlungsguthaben gutgeschriebene Überschüsse. Darüber hinaus ist die gebundene Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) in der Erwartungswertberechnung integriert.

Beim Rückstellungstransitional handelt es sich um eine Maßnahme, die in den nächsten 16 Jahren einen gleichmäßigen Übergang der versicherungstechnischen Rückstellung nach Solvency I zu deren Bewertung nach Solvency II schaffen soll. Zu Beginn der Übergangsphase wird die Differenz der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen beider Bewertungsansätze als Abzugsterm der Solvency-II-Rückstellung hinzugefügt und im Verlauf des Übergangszeitraumes linear von 100 Prozent am 1. Januar 2016 auf 0 Prozent am 1. Januar 2032 reduziert. Die Zinszusatzreserve wird unter der versicherungstechnischen Rückstellung nach Solvency I berücksichtigt. Die Reduktion der Solvency-II-Rückstellung bewirkt eine Erhöhung der Eigenmittel.

Für das klassische überschussberechtigende Lebensversicherungsgeschäft sowie für die Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung wird die künftige Überschussbeteiligung im Rahmen des Bewertungsmodells (Branchensimulationsmodell) bestimmt.

Basierend auf den jeweils bereits generierten pfadabhängigen Überschüssen werden die bereits garantierten Leistungen mithilfe der abgeschätzten Überschussbeteiligung erhöht. Hierbei werden die rechtlichen Rahmenbedingungen wie die Mindestzuführungsverordnung (MindZV) und das Lebensversicherungsreformgesetz (LVRG) adäquat berücksichtigt.

Zu den Optionen und Finanzgarantien der Versicherungsnehmer zählen das Rückkaufsrecht sowie das Recht auf Kapitalabfindung und die Zinsgarantie bei Rentenversicherungen. Die exakte Bewertung erfordert stochastische Simulationen. Hierbei wird in über 3000 möglichen künftigen Kapitalmarktentwicklungen pfadabhängig einerseits das Versicherungsverhalten bezüglich Rückkauf und Kapitalwahl simuliert und andererseits die Entwicklung der künftigen Überschussbeteiligung ermittelt. Die Differenz zwischen dem Barwert der als bester Schätzwert ausgezahlten Leistungen und dem Barwert der im Mittel über alle 3000 stochastischen Pfade ausgezahlten Leistungen ergibt den Wert der Finanzgarantien.

Für die Optionen werden pfadabhängig die Stornowahrscheinlichkeiten angepasst, in Abhängigkeit von der am Kapitalmarkt erzielbaren Verzinsung und der Überschussbeteiligung durch das Unternehmen.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung für die Solvabilitätsübersicht erfolgt für alle Geschäftsbereiche mithilfe des Branchensimulationsmodells des GDV.

Versicherungsunternehmen können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Berechnung des besten Schätzwertes nach § 77 VAG vornehmen. Die Gesellschaft nutzt zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen die Methodik der Volatilitätsanpassung („Volatility Adjustment“) der maßgeblichen risikofreien Zinskurve gemäß den Vorgaben des § 82 VAG. Die Höhe der Anpassung wird entsprechend den Vorgaben des § 351 VAG berechnet und von EIOPA veröffentlicht. Die Volatilitätsanpassung beträgt zum 31.12.2016 13 Basispunkte.

Als Bewertungsansatz wird dabei ein stochastischer Simulationsansatz verwendet. Als Grundlage dieses Bewertungsmodells dienen die Daten der unternehmensspezifischen, festgelegten Bestandsprojektionen. Insbesondere wird zunächst die Entwicklung des Risikoergebnisses und des übrigen Ergebnisses durch festgelegte Rahmenbedingungen eindeutig ermittelt.

Für die Erzeugung der benötigten Kapitalmarktszenarien wird ein Hull-White-Szenariogenerator verwendet. Dieser wird durch den GDV in Form des ökonomischen Szenariogenerators (ESG) zur Verfügung gestellt. Dazu benötigt das Programm als Eingabe die von EIOPA veröffentlichte maßgebliche risikofreie Zinskurve des Stichtags sowie die Zins-, die Aktien- und Immobilienvolatilität, die relevanten Korrelationen und weitere Parameter wie einen Seed oder die Anzahl der Pfade. Der ESG erzeugt dann verschiedene Entwicklungen des zukünftigen Kapitalmarktes.

Basierend auf den Ausgaben des Kapitalmarktgenerators werden das Kapitalanlageergebnis sowie die Buch- und Marktwerte der Kapitalanlage für die projizierten Jahre unter Berücksichtigung der Entwicklung des Kapitalmarktes im jeweiligen Pfad fortgeschrieben. In jedem Projektionsschritt werden zudem sämtliche ein- und ausgehenden Cashflows bei der Ermittlung der Neuanlage berücksichtigt.

Die Neuanlage wird anschließend zu aktuellen Marktbedingungen in Immobilien und in Aktien sowie Anleihen getätigt. In dem Fall, dass der Zahlungsstrom der Aktivseite den Liquiditätsbedarf der Passivseite in einem Jahr nicht decken kann, ist eine einjährige Kreditaufnahme modelliert.

Die Ermittlung des Rohüberschusses ergibt sich zu jedem Zeitpunkt der Projektion aus dem auf diesem Kapitalmarktpfad ermittelten realisierten Kapitalertrag, dem Aufwand für die rechnermäßigen Zinsen und der Zinszusatzreserve sowie aus dem als festgelegt projizierten Risikoergebnis und dem übrigen Ergebnis.

Aus den zukünftigen Leistungszahlungsströmen werden die Bilanzpositionen der Solvabilitätsübersicht über Barwertbildung gewonnen, die Diskontierung erfolgt entlang der risikolosen Zinsstrukturkurve.

Die ermittelte Beteiligung der Versicherungsnehmer am Rohüberschuss wird der RfB zugeführt. Die konkrete Gutschrift der Überschussbeteiligung erfolgt nach zu parametrisierenden Regeln unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Mindestzuführungsverordnung, Lebensversicherungsreformgesetz). Grundsätzlich werden in jeder stochastischen Simulation die freie und festgelegte RfB sowie der Schlussüberschussanteilsfonds (SÜAF) und die Leistungserhöhungen fortgeschrieben. Im Falle eines Notstandes werden auch Maßnahmen gemäß § 140 VAG modelliert, d. h. das Aufteilen von Verlusten zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmer.

Der Anteil des Versicherungsnehmers wird dabei der RfB entnommen, falls die freie RfB ausreichend groß ist.

Ein Notstand wird dabei angenommen, wenn auch nach Ausschöpfen aller Möglichkeiten des Managements ein negativer Rohüberschuss verbleibt.

Die Veränderung der Zinszusatzreserve wird im rechnermäßigen Zinsaufwand summiert. Die Zinszusatzreserve wird in Abhängigkeit von den Zinsen des jeweiligen Pfades im Modell berechnet.

Zur Bilanzprojektion werden biometrische Annahmen zweiter Ordnung (Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität) verwendet. Diese werden auf Basis unternehmensindividueller Tafeln bestimmt. Die Stornoannahme wird eben-

falls mithilfe von internen Analysen in Abhängigkeit von einzelnen Produktarten und Zahlungsweisen ermittelt. Die Kosten werden, sofern möglich, den entsprechenden Verträgen zugeordnet. Allgemeine Kosten werden entsprechend ihrer Verursachung Prozentual auf die einzelnen Vertragsarten aufgeteilt. Zukünftige Kapitalanlagekosten werden auf Grundlage der historischen Werte ermittelt und in Bezug zur Bilanzsumme angesetzt. Zur Erzeugung der Kapitalmarktszenarien fließt eine Reihe von Annahmen ein, die entweder aufgrund von Daten oder Expertenmeinung festgelegt werden.

Im Modell sind Regeln enthalten, die künftige Managemententscheidungen als Reaktion auf das Kapitalmarktumfeld abbilden. Diese können unternehmensindividuell parametrisiert werden. Zielsetzung bei dieser Parametrisierung ist, die erwarteten zukünftigen Handlungen des Managements möglichst gut darzustellen. Grundlage für die Setzung der Parameter bilden die Unternehmenshistorie, die mittel- bis langfristige Unternehmensplanung sowie Expertenschätzungen.

In den Parametern wird beispielsweise abgebildet, wie die mittlere Laufzeit der Zinstitel ist, in die das Unternehmen neu anlegt. Auch die Parameter zur Steuerung der Anlagestrategie in Zinstitel sowie in Aktien und Immobilien oder die Aufteilung des Rohüberschusses auf die Versicherungsnehmer und das Unternehmen werden bei den Managementparametern festgehalten.

Zur Berücksichtigung des dynamischen Kundenverhaltens wurden Parametrisierungen vorgenommen, die eine Prozentuale Abweichung des Stornoverhaltens in verschiedenen Pfaden darstellen. Grundlage für die Bewertung, ob Versicherungsnehmer zu einer höheren Stornorate tendieren, bildet der Unterschied zwischen der am Markt erzielten Rendite und der vom Versicherungsunternehmen gewährten Verzinsung. Es werden Annahmen getroffen, ab welchem Abstand die Versicherungsnehmer verstärkt ihre Kündigungsoptionen ausüben und in welchem Maße sich diese Verstärkung zeigt.

### **Risikomarge**

Die Risikomarge ist ein Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen. Ziel ist es, sicherzustellen, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Betrag entspricht, den Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen erwartungsgemäß benötigen würden, um die Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen. Die Risikomarge wird unter Bestimmung der Kosten der Bereitstellung eines Betrages an anrechnungsfähigen Eigenmitteln berechnet, welcher der Solvabilitätskapitalanforderung (SCR) zu entsprechen hat, die für die Bedeckung der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit erforderlich ist.

Die Ermittlung der Risikomarge erfolgt durch Zerlegung des SCR in relevante Teilrisiken. Die Approximation der Abwicklung des zukünftigen Teil-SCR erfolgt anhand geeigneter Treiber (bspw. bester Schätzwert der Zahlungsströme). Die Gesamt-Risikomarge ergibt sich durch Aggregation der Teil-Risikomargen. Die Aufteilung auf die Teilbereiche (Krankenversicherung und Lebensversicherung) erfolgt anhand der jeweiligen relevanten SCR-Größen. Zur Bestimmung der Risikomarge werden die zukünftigen SCR-Größen mit dem vorgegebenen Kapitalkostensatz in Höhe von 6 Prozent multipliziert.

### **Beschreibung des Grades der Unsicherheit**

Die für die versicherungstechnischen Rückstellungen ermittelten zukünftigen Zahlungsströme können sich aufgrund unvorhersehbarer zukünftiger Ereignisse abweichend von den zugrundeliegenden Annahmen entwickeln. Insbesondere der Schadenzeitpunkt und die Schadenhöhe sind wesentliche Faktoren, die aufgrund ihrer Ungewissheit zu Abweichungen führen können. Durch die Verwendung von aktuariellen Verfahren zur Ermittlung der Zahlungsströme sowie durch die stetigen Anpassungen der Inputfaktoren, wie versicherungstechnische Erträge bzw. Rückstellungen, Sterbetafeln und Planwerte, wird der Grad der Unsicherheit in einem angemessenen Rahmen gehalten und die Volatilität weitestgehend minimiert.

### **Erläuterung der Unterschiede zwischen der Bewertung für Handelsrecht und für Solvabilitätszwecke**

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB und Solvency II unterscheiden sich deutlich. Unter HGB umfasst die Deckungsrückstellung ausschließlich die aktuell garantierte Leistung unter Zugrundelegung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Kosten, Invalidisierung) und eines festen Rechnungszinses. Das Vorsichtsprinzip des HGB realisiert sich also implizit in den Rechnungsgrundlagen. Darüber

hinaus werden bereits realisierte Überschüsse, soweit sie dem Versicherungsnehmer zugeordnet werden, in der RfB angesammelt; sie stehen für künftige Überschussbeteiligungen zur Verfügung.

Unter Solvency II wird die garantierte Leistung unter Zugrundelegung bester Schätzwerte als Rechnungsgrundlagen (ohne Sicherheitsmargen) und der risikofreien Zinskurve unter Berücksichtigung einer Volatilitätsanpassung bewertet. Zusätzlich werden die enthaltenen Optionen und Finanzgarantien explizit bewertet und für die nicht hedgebaren Risiken wird eine explizite Risikomarge gestellt. Darüber hinaus werden sämtliche künftig entstehenden handelsrechtlichen Überschüsse in den versicherungstechnischen Rückstellungen erfasst, soweit sie den Versicherungsnehmern in Form einer künftigen Überschussbeteiligung gutgeschrieben werden.

Der Barwert der nicht festgelegten RfB wird hingegen als Überschussfonds den Eigenmitteln zugeordnet und damit nicht in den versicherungstechnischen Rückstellungen erfasst.

### Beschreibung der Übergangsmaßnahmen

Die Volatilitätsanpassung gemäß Art. 77d der Richtlinie 2009/138/EG und gemäß Art. 82 VAG sowie der vorübergehende Abzug gemäß Artikel 308d der Richtlinie 2009/138/EG, das sogenannte Rückstellungstransitional (RstTrans), werden vom Unternehmen angewandt. Die untenstehende Tabelle quantifiziert die Auswirkungen, die eine Nichtanwendung der Übergangsmaßnahmen auf die Finanzlage des Unternehmens hätte.

Zum Stichtag liegen ohne Übergangsmaßnahmen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals der Gesellschaft vor. Ohne Übergangsmaßnahmen und ohne Volatilitätsanpassung liegt die Bedeckungsquote des SCR bei 156 Prozent, die des MCR bei 335 Prozent.

Der MCR ist die regulatorische Untergrenze des Solvenzkapitals von Versicherungsunternehmen im Rahmen der ersten Säule von Solvency II und stellt die letzte aufsichtsrechtliche Eingriffsschwelle dar, bevor dem Unternehmen die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb entzogen wird.

Berechnungsergebnisse	Stichtag 31.12.2016 mit Volatilitätsanpassung		Stichtag 31.12.2016 ohne Volatilitätsanpassung	
	mit RstTrans	ohne RstTrans	mit RstTrans	ohne RstTrans
	Anrechnungsfähige Eigenmittel zur Bedeckung des SCR in Tsd. €	194.651	101.398	192.414
Anrechnungsfähige Eigenmittel zur Bedeckung des MCR in Tsd. €	194.651	98.884	192.414	95.546
SCR-Anforderung in Tsd. €	39.420	53.175	44.024	63.411
MCR-Anforderung in Tsd. €	17.739	23.929	19.811	28.535
SCR-Bedeckung in Prozent	494	191	437	156
MCR-Bedeckung in Prozent	1.097	413	971	335

Aufgrund der schrittweise geringeren Anrechenbarkeit des Rückstellungstransitionals mit dem Wert zum Stichtag 01.01.2017 sinken die verfügbaren Eigenmittel zur Bedeckung des SCR von 194.651 Tsd. Euro auf 188.823 Tsd. Euro, sodass sich die Bedeckungsquote des SCR mit Übergangsmaßnahmen und Volatilitätsanpassung entsprechend um 15 Prozentpunkte auf 479 Prozent reduziert.

## D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

	Solvency II	HGB	Unterschied
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	2.178	2.173	5
Rentenzahlungsverpflichtungen	4.478	3.394	1.084
Latente Steuerschulden	64.253		64.253
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	3.435	21.638	-18.203
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	1.923	1.923	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	7	7	0
<b>Gesamt</b>	<b>76.274</b>	<b>29.136</b>	<b>47.138</b>

### Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

In dieser Position sind kurzfristige Rückstellungen in Höhe von 2.084 Tsd. Euro enthalten. Den größten Anteil haben die Steuer- und Provisionsrückstellungen. Ausgangspunkt der Wertermittlung ist der nominale Erfüllungsbetrag. Auf eine Abzinsung wurde bei der Marktwertermittlung aufgrund der Kurzfristigkeit der Rückstellungen verzichtet. Handelsrechtlich wird der nominale Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

Des Weiteren sind Rückstellungen für Jubiläumsszahlungen in Höhe von 47 Tsd. Euro in dieser Position enthalten. Diese Rückstellungen haben langfristigen Charakter. Die Marktwerte wurden gemäß IAS 19 ermittelt und entsprechen den versicherungsmathematischen Barwerten. Die Wertansätze in der Handelsbilanz werden anhand desselben Verfahrens ermittelt. Der Bewertungsunterschied zu HGB in Höhe von 5 Tsd. Euro ergibt sich aus der Verwendung eines anderen Diskontierungssatzes.

### Rentenzahlungsverpflichtungen

Der Marktwert der Pensionsverpflichtungen wird mit dem sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) ermittelt. Dazu werden unter Berücksichtigung von IAS 19 versicherungsmathematische Gutachten angefertigt.

Der Wertansatz der Pensionsrückstellungen in der Handelsbilanz wird nach demselben Verfahren berechnet wie der Marktwert für die Solvabilitätsübersicht.

Der Bewertungsunterschied zwischen Handelsbilanz und Solvabilitätsübersicht ergibt sich aus der Verwendung eines unterschiedlichen Diskontierungszinssatzes.

### Latente Steuerschulden

Latente Steuern sind für alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, einschließlich versicherungstechnischer Rückstellungen, zu erfassen und zu bewerten, die für Solvabilitäts- oder Steuerzwecke angesetzt werden.

Latente Steuern werden in der Solvabilitätsübersicht für steuerlich wirksame Differenzen zwischen dem Steuerbilanzwert und dem Wert in der Solvabilitätsübersicht der einzelnen Bilanzpositionen gebildet und mit dem unternehmensindividuellen Nominalsteuersatz bewertet.

Latente Steueransprüche des jeweiligen Jahres werden als werthaltig angesehen, soweit ihnen latente Steuerschulden desselben Jahres gegenüberstehen.

Die Abweichung bei den latenten Steuern ist zum einen auf den unterschiedlichen Ausweis in der Bilanz zurückzuführen. Während latente Steueransprüche und latente Steuerschulden in der Solvabilitätsübersicht getrennt ausgewiesen werden, erfolgt in der Handelsbilanz eine saldierte Darstellung. Saldiert liegt in der Handelsbilanz ein Aktivüberhang der latenten Steuern vor. Dieser Aktivüberhang wird entsprechend dem handelsrechtlichen Wahlrecht des § 274 HGB in der Handelsbilanz nicht bilanziert. In der Handelsbilanz werden deshalb keine latenten Steuern angesetzt.

Zum anderen resultiert der Unterschied zwischen den latenten Steuern aus den Bewertungsunterschieden bei den Vermögenswerten und Schulden in der Solvabilitätsübersicht und in der Handels- bzw. Steuerbilanz. Die unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handelsbilanz und in der Bewertung für Solvabilitätszwecke sind in den Erläuterungen zu den einzelnen Vermögenswerten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten genannt.

#### **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern**

In dieser Position sind hauptsächlich kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern enthalten.

Ausgangspunkt der Wertermittlung ist der nominale Erfüllungsbetrag. Aufgrund der kurzen Restlaufzeit der Verbindlichkeiten wird bei der Marktwertermittlung auf eine Abzinsung verzichtet.

Nach deutschem Handelsrecht wird der nominale Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

Der Unterschied zu HGB in Höhe von 18.203 Tsd. Euro ergibt sich aus den verzinslich angesammelten Gewinnanteilen. Nach Solvency II werden diese Gewinnanteile in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt.

#### **Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)**

In dieser Position sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Ergebnisabführungsvertrag der Saarland Lebensversicherung AG in Höhe von 1.000 Tsd. Euro enthalten. Diese Verbindlichkeiten sind kurzfristig, weshalb bei der Marktwertermittlung auf eine Abzinsung verzichtet wurde. Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

Des Weiteren sind in dieser Position Verbindlichkeiten in Höhe von 632 Tsd. Euro enthalten. Es handelt sich um Vorschüsse auf künftige Erträge aus der Anlagetätigkeit in Fonds. Diese Verbindlichkeiten sind kurzfristig, da die Ertragsvereinnahmung im Jahr 2017 stattfindet. Bei der Marktwertermittlung wurde auf eine Abzinsung verzichtet. Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

In dieser Position sind Verbindlichkeiten aus Steuern, hauptsächlich Kapitalertragsteuer und Lohnsteuer aus der Gehaltsabrechnung Dezember 2016, in Höhe von 78 Tsd. Euro enthalten. Diese Verbindlichkeiten sind im Januar 2017 zur Zahlung fällig und damit kurzfristig, weshalb bei der Marktwertermittlung auf eine Abzinsung verzichtet wurde. Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

#### **Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten**

Diese Position beinhaltet vorausgezahlte Zinsen.

Ausgangspunkt der Marktwertermittlung ist der nominale Erfüllungsbetrag. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten wird auf eine Abzinsung verzichtet.

Handelsrechtlich wird der nominale Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der Marktwert entspricht somit dem handelsrechtlichen Wertansatz.

## D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die folgende Tabelle bietet eine Übersicht, gemäß welchen Vorschriften und mit welchen Methoden die Werte in der Solvabilitätsübersicht ermittelt werden. Dabei sind in den Zeilen die einzelnen Positionen der Solvabilitätsübersicht aufgeführt.

Gemäß Art. 10 DVO gibt es drei Ebenen, die den Bewertungsmaßstab widerspiegeln. Eine Kennzeichnung („X“) in der Spalte „Ebene 1“ (Art. 10 Abs. 2 DVO) bedeutet, dass die vorliegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit dem Marktpreis bewertet werden. Es werden dabei Marktpreise verwendet, die für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten an aktiven Märkten notiert werden.

Eine Kennzeichnung („X“) in der Spalte „Ebene 2“ (Art. 10 Abs. 3 DVO) bedeutet, dass die vorliegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit dem Marktpreis ähnlicher Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die an aktiven Märkten notiert werden, bewertet werden.

Eine Kennzeichnung in der Spalte „Ebene 3“ (Art. 10 Abs. 5 DVO) bedeutet, dass der Marktpreis für die vorliegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit einer alternativen Bewertungsmethode ermittelt wird. Dabei kommen bei der Verwendung alternativer Bewertungsmethoden Inputfaktoren zum Einsatz, die an aktiven Märkten beobachtbar sind. Es ist jedoch auch möglich, Inputfaktoren zu verwenden, die an aktiven Märkten nicht beobachtbar sind. Die verwendeten alternativen Bewertungsmethoden werden im Anschluss an die Tabelle beschrieben, wobei die Buchstaben in Klammern bei der jeweiligen Bewertungsmethode die Verbindung zur Tabelle herstellen. Dabei werden pro Position der Solvabilitätsübersicht die verwendeten alternativen Bewertungsmethoden genannt.

Für bestimmte Positionen der Solvabilitätsübersicht nennt die DVO besondere Vorschriften, gemäß denen die Bewertung erfolgt. Diese Positionen sind in der Tabelle nicht enthalten. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

- Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte gemäß Art. 12 DVO
- Anteile an verbundenen Unternehmen gemäß Art. 13 DVO
- versicherungstechnische Rückstellungen einschließlich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen gemäß Kapitel III DVO
- Eventualverbindlichkeiten gemäß Art. 11 DVO
- finanzielle Verbindlichkeiten gemäß Art. 14 DVO
- latente Steuern gemäß Art. 15 DVO

	Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3
Immobilien (außer zur Eigennutzung)			(B)
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen			(A), (B), (D)
Aktien – nicht notiert			(B), (D)
Staatsanleihen	X		(C)
Unternehmensanleihen			(C)
Strukturierte Schuldtitel			(C), (D), (E)
Organismen für gemeinsame Anlagen	X		(B), (D)
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten			(F)
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	X		(D)
Policendarlehen			(F)
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen			(C)
Depotforderungen			(F)
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern			(F), (H)
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)			(F), (H), (I)
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			(F)
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte			(F)
Anderer Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen			(K), (L)
Rentenzahlungsverpflichtungen			(L)
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern			(K)
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)			(K)
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten			(K)

### Angepasste Equity-Methode (A)

Die angepasste Equity-Methode wird bei der Bewertung von verbundenen Versicherungsunternehmen unter Solvency II herangezogen. Es handelt sich dabei um ein in Art. 13 DVO definiertes Bewertungsverfahren, bei dem Versicherungsunternehmen mit ihrem anteiligen Solvency-II-Eigenkapital angesetzt werden. Dieses ergibt sich als anteiliger Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten beim Tochterunternehmen. Ansatz und Bewertung dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgen dabei gemäß Solvency II unter Beachtung der dargestellten Prinzipien.

### Ertragswertverfahren (B)

Der nach dem Ertragswertverfahren ermittelte Wert (Ertragswert) entspricht dem Barwert der den Unternehmenseignern zufließenden finanziellen Überschüsse. Die abzutragenden Nettoeinnahmen ergeben sich dabei aufgrund des Anspruchs des Unternehmenseigners auf Ausschüttungen bzw. Entnahmen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse abzüglich etwaiger zu erbringender Einlagen der Eigner. Wertbestimmend sind dabei diejenigen finanziellen Überschüsse, die als Nettoerträge in den Verfügungsbereich der Eigentümer gelangen. Zugrundeliegende Daten sind dabei Planbilanzen, Plan-Gewinn- und -Verlust-Rechnungen sowie Finanzplanungen. Bei der Bestimmung der Nettozuflüsse werden zudem inländische und ausländische Ertragssteuern des bewerteten Unternehmens und grundsätzlich die aufgrund des Eigentums am Unternehmen beim Unternehmenseigner entstehenden Ertragssteuern berücksichtigt.

Die Diskontierung der Zahlungsströme erfolgt über den risikolosen Basiszinssatz. Ferner wird die Übernahme der unternehmerischen Unsicherheiten durch einen Risikoaufschlag berücksichtigt.

Beim Ertragswertverfahren handelt es sich gemäß IDW S 1 i. d. F. 2008 um ein auch nach Solvency II anerkanntes Verfahren zur Unternehmensbewertung. Dieses kann somit als alternative Bewertungsmethode gemäß der Solvency-II-Bewertungshierarchie herangezogen werden, sofern es keine gesonderten Vorschriften gibt, die dies explizit ausschließen.

Der Ertragswert für Immobilien entspricht dem gemäß §§ 17–20 ImmoWertV auf der Grundlage marktüblich erzielbarer Erträge ermittelten Wert. Dieser ist nach herrschender Meinung vereinbar mit dem Neubewertungsmodell gemäß IAS 16 bzw. dem beizulegenden Zeitwert gemäß IAS 40. Somit handelt es sich auch hier um ein nach Solvency II zulässiges Verfahren.

### **Barwertmethode (C)**

Bei der Barwertmethode wird der Zeitwert ermittelt, indem individuelle Zahlungsströme je Einzeltitel diskontiert werden. Die Zahlungsströme stellen erwartete Zahlungen an den Investor dar, die sich in Abhängigkeit von der Art des Investments ergeben. Für festverzinsliche Wertpapiere ergeben sich diese beispielsweise aus den Zinszahlungen zum jeweiligen Zinstermin und aus dem Nennbetrag bei Fälligkeit.

Die Abzinsung der Zahlungsströme erfolgt mit währungsabhängigen Zinsstrukturkurven. Dem Bonitätsrisiko des Kontrahenten sowie dem Liquiditätsrisiko wird über Kreditrisikozuschläge und Liquiditätszuschläge, sogenannte Spreads, Rechnung getragen. Die Bonitäts- und Liquiditätsspreads werden in Abhängigkeit von der Laufzeit und dem Emittenten ermittelt. Bei den zur Bewertung herangezogenen Parametern Zinskurve und Spread wird dabei die Anzahl der am Markt beobachtbaren Parameter maximiert.

Bei der Barwertmethode handelt es sich um ein zulässiges alternatives Bewertungsverfahren im Sinne der Solvency-II-Bewertungshierarchie.

### **Nettovermögenswert (D)**

Der Nettovermögenswert ergibt sich als Wert aller Vermögenswerte abzüglich des Wertes aller Verbindlichkeiten. Er folgt somit dem in Art.9 DVO geforderten Grundsatz der Einzelbewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Die Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hat unter Verwendung von Marktparametern zu erfolgen. Es handelt sich um ein zulässiges alternatives Bewertungsverfahren gemäß der Solvency-II-Bewertungshierarchie. Im Falle von Beteiligungen ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass etwaige nicht einzeln veräußerbare immaterielle Vermögenswerte oder ein Geschäfts- oder Firmenwert vom Wert aller Vermögenswerte abzuziehen sind.

### **Verfahren zur Derivatebewertung (E)**

Bei der Bewertung von freistehenden und in strukturierte Schuldtitel eingebetteten Derivaten kommen anerkannte alternative Bewertungsmethoden zum Einsatz. Die Wahl der Methode richtet sich dabei nach der Art des Derivats.

Optionale Bestandteile strukturierter Schuldtitel, wie beispielsweise Call-Rechte oder Swaptions, werden mit auf dem Black-Scholes-Modell basierendem Verfahren bewertet. Beim Black-Scholes-Modell handelt es sich um ein anerkanntes finanzmathematisches Modell zur theoretischen Bestimmung von Optionspreisen.

Die Bewertung von Derivaten mit bestimmbareren Zahlungsströmen ohne optionale Bestandteile, wie beispielsweise Swaps oder Devisentermingeschäfte, erfolgt anhand der oben beschriebenen Barwertmethode.

Für die Bewertung werden am Markt beobachtbare Parameter herangezogen.

### **Nennbetrag (F)**

Bei Forderungen, die kurzfristig fällig sind, wird der Nennbetrag angesetzt. Ein Ausfallrisiko wird aufgrund der guten Bonität der Schuldner nicht angesetzt. Da die Forderungen täglich beglichen werden können, wird aus Wesentlichkeitsgründen auf eine Abzinsung verzichtet. Der Marktwert entspricht in diesen Fällen dem Nennbetrag.

### **Nennbetrag mit Fremdwährungsbewertung (G)**

Bei Forderungen, die kurzfristig fällig sind, wird der Nennbetrag angesetzt. Ein Ausfallrisiko wird aufgrund der guten Bonität der Schuldner nicht angesetzt. Da die Forderungen täglich beglichen werden können, wird aus Wesentlichkeitsgründen auf eine Abzinsung verzichtet. Zusätzlich wird bei Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, eine Bewertung in Euro mit dem Stichtagskurs vom Monatsultimo vorgenommen. Der Marktwert entspricht in diesen Fällen dem Nennbetrag.

**Nennbetrag mit Berücksichtigung eines Ausfallrisikos (H)**

Bei Forderungen, die kurzfristig fällig sind, wird der Nennbetrag angesetzt. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Zahlungsverhalten der Schuldner in der Vergangenheit wird eine pauschale Wertberichtigung oder eine Einzelwertberichtigung angesetzt und somit ein Ausfallrisiko berücksichtigt. Auf eine Abzinsung wird jedoch aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet. Die Höhe des zu berücksichtigenden Ausfallrisikos wird mindestens einmal jährlich überprüft.

**Nennbetrag mit Abzinsung (I)**

Bei langfristigen Forderungen ist der Ausgangspunkt der Wertermittlung der Nennbetrag. Aufgrund der langen Laufzeit bis zur Fälligkeit der Forderung wird eine Abzinsung vorgenommen.

**Erfüllungsbetrag (K)**

Bei kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten wird der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelte Erfüllungsbetrag angesetzt.

**Anwartschaftsbarwertverfahren – PUC-Methode (L)**

Bei langfristigen Verbindlichkeiten, wie beispielsweise Pensionsrückstellungen, wird der Erfüllungsbetrag mit versicherungsmathematischen Verfahren ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen dabei die Richttafeln 2005 G von Heubeck. Des Weiteren gehen in die Berechnung der Rechnungszins, die Gehaltsentwicklung und die Fluktuation ein. Die Angemessenheit der verwendeten Komponenten wird mindestens einmal jährlich überprüft.

**Angemessenheit der Bewertungsverfahren**

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bilden die Grundlage für die Abbildung aller für die Solvabilitätsübersicht relevanten Sachverhalte in der Buchhaltung. Die Einhaltung dieser Grundsätze wird durch eine entsprechende Ausbildung der Mitarbeiter in der Buchhaltung sowie durch den Einsatz entsprechender IT-Systeme gewährleistet. Des Weiteren wird die Einhaltung dieser Grundsätze im Rahmen der jährlichen Prüfung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses durch den Wirtschaftsprüfer validiert.

Die für die einzelnen Positionen der Solvabilitätsübersicht verwendeten Bewertungsmethoden werden mindestens einmal jährlich überprüft. Dasselbe gilt für die verwendeten Inputfaktoren bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden. Eine weitere Validierung erfolgt im Rahmen der jährlichen Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer.

## D.5 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

## E. Kapitalmanagement

### E.1 Eigenmittel

#### E.1.1 Ziele und Verfahren des Kapitalmanagements

Die Ziele des Kapitalmanagements der Gesellschaft leiten sich aus der Geschäfts- und Risikostrategie ab und sind gemäß Solvency II in einer Leitlinie dokumentiert. In der Risikostrategie wird der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dargestellt sowie deren Handhabung festgelegt. Dabei bezieht das Unternehmen Risikoerwägungen und den Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess mit ein. Es wird sichergestellt, dass alle gesetzlichen, regulatorischen Regelungen und Mindestanforderungen eingehalten werden. Zur adäquaten Absicherung der Verpflichtungen gegenüber Kunden und geschädigten Dritten wird vom Unternehmen eine über das aufsichtsrechtliche Sicherheitsniveau hinausgehende Bedeckung definiert.

Der Kapitalmanagementprozess ist in die strategische Unternehmenssteuerung eingebettet, um zu gewährleisten, dass die gesetzlichen Kapitalanforderungen kontinuierlich erfüllt sind. Im Rahmen eines etablierten Prozesses erfolgen jährlich die Ermittlung der vorhandenen Eigenmittel sowie die Einstufung in Qualitätsklassen. Die Ergebnisse fließen in die mittelfristige Kapitalmanagementplanung ein. Unterjährige starke Änderungen des Risikoprofils, die zu einem veränderten Kapitalbedarf führen, werden durch die Risikoerfassung frühzeitig erkannt, sodass entsprechende Maßnahmen analysiert und ergriffen werden können.

Im Rahmen des mittelfristigen Kapitalmanagementplans wird die jederzeitige Bedeckung der Verpflichtungen mit ausreichend anrechnungsfähigen Eigenmitteln über den Planungshorizont von drei Jahren gewährleistet. Die dreijährige Planung basiert auf der Geschäftsplanung der VKB, in der die Planzahlen mit entsprechenden geeigneten Maßnahmen unterlegt sind. Der Kapitalmanagementplan des Unternehmens umfasst hierbei etwaige geplante Kapitalemissionen, Möglichkeiten einer Beantragung ergänzender Eigenmittel, Fälligkeiten von Eigenmittelbestandteilen und künftigen Rückzahlungsverpflichtungen, Auswirkungen einer Emission, Tilgung, Rückzahlung auf die aufsichtsrechtlichen Limitierungen sowie die Ausschüttungsstrategie über den Planungshorizont.

#### E.1.2 Verfügbare und anrechnungsfähige Eigenmittel

Der aus der Solvabilitätsübersicht abgeleitete Gesamtüberschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten (Solvency-II-Bilanzüberschuss) dient als Basis zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel der Gesellschaft. Diese fungieren als Risikopuffer und sind in der Lage, mögliche Verluste zu kompensieren.

Die Gesamteigenmittel setzen sich aus den Basiseigenmitteln und den ergänzenden Eigenmitteln zusammen. Basiseigenmittel umfassen den Solvency-II-Bilanzüberschuss abzüglich des Betrages der eigenen Aktien, nicht anzuerkennender Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten sowie vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen und zuzüglich vorhandener nachrangiger Verbindlichkeiten. Ergänzende Eigenmittel sind solche, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen und die zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können, falls die Aufsicht diese genehmigt.

Gemäß §§ 91 und 92 VAG werden die Eigenmittel je nach Ausprägung bzw. Erfüllungsgrad der regulatorisch vorgegebenen Merkmale in drei unterschiedliche Klassen („Tiers“) unterteilt.

Die Einstufung erfolgt mindestens anhand der Merkmale ständige Verfügbarkeit, Nachrangigkeit sowie ausreichende Laufzeit. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit ein Eigenmittelbestandteil frei ist von Verpflichtungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrages, obligatorischen festen Kosten und sonstigen Belastungen.

Die Basiseigenmittel beinhalten aktuell das eingezahlte Grundkapital und die zugehörigen Kapitalrücklagen gemäß § 272 HGB, die in der Position „Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio“ abgebildet sind, sowie den Überschussfonds, die latenten Netto-Steueransprüche und die Ausgleichsrücklage.

Nachrangige Verbindlichkeiten liegen zum Stichtag nicht vor. Weiterhin strebt das Unternehmen derzeit keine Genehmigung ergänzender Eigenmittel an. Es sind keine Basiseigenmittelbestandteile vorhanden, die den Übergangsbestimmungen nach § 345 Abs. 1 und 2 VAG unterliegen.

Die Eigenmittel setzen sich aktuell wie folgt zusammen:

	<b>Gesamt</b>	<b>Tier 1</b>	<b>Tier 2</b>	<b>Tier 3</b>
	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	2.000	2.000	-	-
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	4.034	4.034	-	-
Überschussfonds	77.194	77.194	-	-
Ausgleichsrücklage	111.423	111.423	-	-
Nachrangige Verbindlichkeiten	-	-	-	-
Betrag in Höhe des Wertes der latenten Netto-Steueransprüche	-	-	-	-
<b>Basiseigenmittel nach Abzügen</b>	<b>194.651</b>	<b>194.651</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Ergänzende Eigenmittel	-	-	-	-
<b>Verfügbare Eigenmittel (ASM)</b>	<b>194.651</b>	<b>194.651</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Das Grundkapital beträgt 2.000 Tsd. Euro und ist in 4000 auf den Namen lautende Aktien eingeteilt, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können. Die Kapitalrücklage beläuft sich zum Stichtag auf 4.034 Tsd. Euro, der Überschussfonds beläuft sich auf 77.194 Tsd. Euro.

Das Rückstellungstransitional (siehe Kapitel D.2) beträgt 39.143 Tsd. Euro.

In der Ausgleichsrücklage werden alle verbleibenden ökonomischen Eigenmittel erfasst, die nicht bereits im Eigenkapital oder im Überschussfonds enthalten sind. Sie berechnet sich aus dem Solvency-II-Bilanzüberschuss abzüglich des Betrages der voraussichtlichen Ausschüttung, abzüglich des Überschussfonds und abzüglich der in der Tabelle aufgeführten Basiseigenmittel (Grundkapital und darauf entfallendes Emissionsagio). Damit ergibt sich eine Ausgleichsrücklage in Höhe von 111.423 Tsd. Euro beziehungsweise -27.720 Tsd. Euro nach Abzug des Rückstellungstransitionals.

Die Ausgleichsrücklage berechnet sich aus dem Solvency-II-Bilanzüberschuss abzüglich des Betrages der vorhersehbaren Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte und den vorher genannten Basiseigenmitteln.

	HGB Tsd. €	Umbewertung Tsd. €	Solvency II Tsd. €
Gewinnrücklage/Verlustrücklage	10.119	10.119	–
Bilanzgewinn/-verlust	–	–	–
Bewertungsunterschiede	–	101.304	–
<b>Aktivseitige Bilanzpositionen</b>			
Anlagen	1.383.400	178.835	1.562.236
Sonstige Vermögenswerte	43.142	–3.344	39.798
<b>Passivseitige Bilanzpositionen</b>			
Vt. Rückstellungen (inkl. Überschussfonds)	1.381.253	–47.926	1.429.180
Sonstige Verbindlichkeiten	29.136	17.114	12.021
Latente Steuerschulden nach Saldierung	–	–43.375	43.375
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	–	–	–
<b>Ausgleichsrücklage</b>	<b>–</b>	<b>111.423</b>	<b>–</b>

Die Ausgleichsrücklage umfasst im Wesentlichen die Gewinnrücklage nach HGB in Höhe von 10.119 Tsd. Euro sowie Anpassungen durch Neubewertung der Kapitalanlagen (178.835 Tsd. Euro) und der versicherungstechnischen Rückstellungen (–47.926 Tsd. Euro) sowie der Berücksichtigung der latenten Steuerschulden nach Saldierung (–43.375 Tsd. Euro). Gemäß Beschluss der Hauptversammlung wird nichts ausgeschüttet.

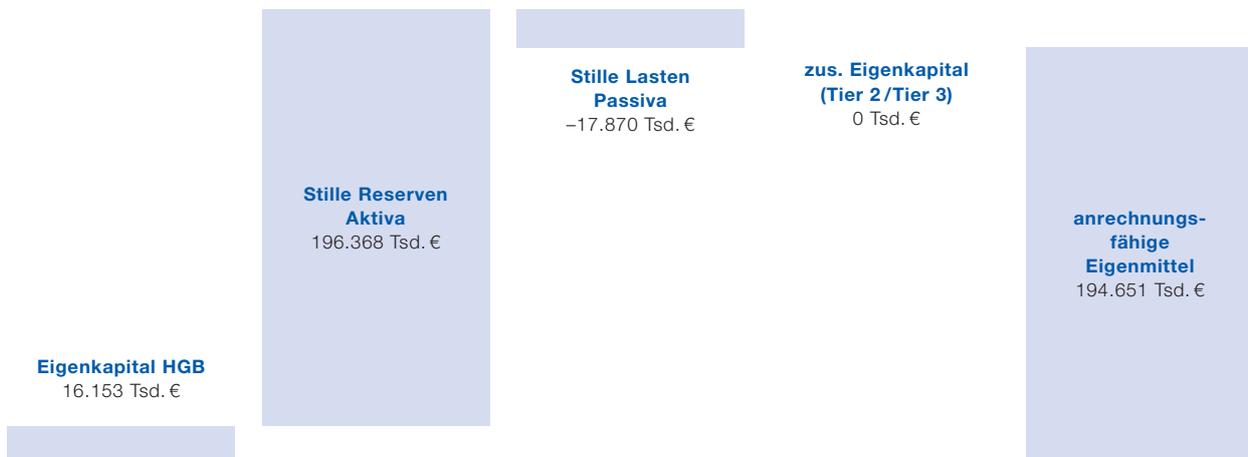
Zur Bestimmung der anrechnungsfähigen Eigenmittel gemäß Solvency II sind neben der Eigenmitteligüte, d. h. der Klassifizierung in Tiers, zusätzlich quantitative Anforderungen an die Zusammensetzung der zur Bedeckung heranzuziehenden Eigenmittel zu beachten. Dabei ist grundsätzlich zwischen Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des SCR und Anforderungen im Zusammenhang mit der Bedeckung des MCR zu unterscheiden.

100 Prozent der Eigenmittel des Unternehmens besitzen die Merkmale der „ständigen Verfügbarkeit“ sowie der „Nachrangigkeit“ und stellen eine volle Anrechenbarkeit sowie Verlustausgleichsfähigkeit der Eigenmittel beim Unternehmen dar. Diese können der Tieringklasse 1 bzw. 2 zugeordnet werden. Darunter fallen das Grundkapital inklusive des zugehörigen Agios (6.034 Tsd. Euro), der Überschussfonds (77.194 Tsd. Euro) und die Ausgleichsrücklage (111.423 Tsd. Euro).

Die anrechnungsfähigen Eigenmittel zur Bedeckung von SCR bzw. MCR betragen 194.651 Tsd. Euro.

### E.1.3 Unterschiede zum HGB-Eigenkapital

Das HGB-Eigenkapital in Höhe von 16.153 Tsd. Euro setzt sich aus dem eingeforderten Kapital (2.000 Tsd. Euro), der Kapitalrücklage (4.034 Tsd. Euro) und den Gewinnrücklagen (10.119 Tsd. Euro) zusammen. Die Unterschiede zu den anrechnungsfähigen Eigenmitteln unter Solvency II sind im Wesentlichen auf die Bewertungsunterschiede bei Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zurückzuführen. Dabei stehen stillen Reserven auf der Aktivseite (196.369 Tsd. Euro) stille Lasten auf der Passivseite (–17.870 Tsd. Euro) gegenüber. Als aktive bzw. passive stille Reserve wird die Differenz zwischen der marktwertorientierten Bewertung nach Solvency II und der HGB-Bilanzierung bezeichnet. In den passivischen Reserven ist das Rückstellungstransitional in Höhe von 139.143 Tsd. Euro berücksichtigt. Der Saldo dieser beiden Bewertungsdifferenzen stellt den größten Teil der anrechnungsfähigen Eigenmittel (Eigenmittel unter Solvency II) dar. Zuzüglich des HGB-Eigenkapitals ergeben sich die anrechnungsfähigen Eigenmittel zur Bedeckung von SCR bzw. MCR in Höhe von 194.651 Tsd. Euro.



## E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Der Solvenzkapitalbedarf (SCR) wird im Standardmodell unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung so ermittelt, dass alle quantifizierbaren Risiken, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, berücksichtigt werden. Er wird als Value at Risk (VAR) zu einem Konfidenzniveau von 99,5 Prozent über einen Zeitraum von einem Jahr berechnet. Der SCR ergibt sich grundsätzlich aus den einzelnen Risiken unter Berücksichtigung von risikomindernden Effekten wie latenten Steuern und Diversifikation. Er wird durch die einzelnen Risikomodule der Standardformel – Marktrisiken, Gegenparteausfallrisiken, versicherungstechnische Risiken sowie operationelle Risiken – bestimmt.

Für die aktuelle Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen werden keine unternehmensspezifischen Parameter oder sonstige Vereinfachungen angewendet. Rückversicherungsentlastungen werden aus Gründen der Proportionalität bei der Berechnung der Risiken nicht angesetzt.

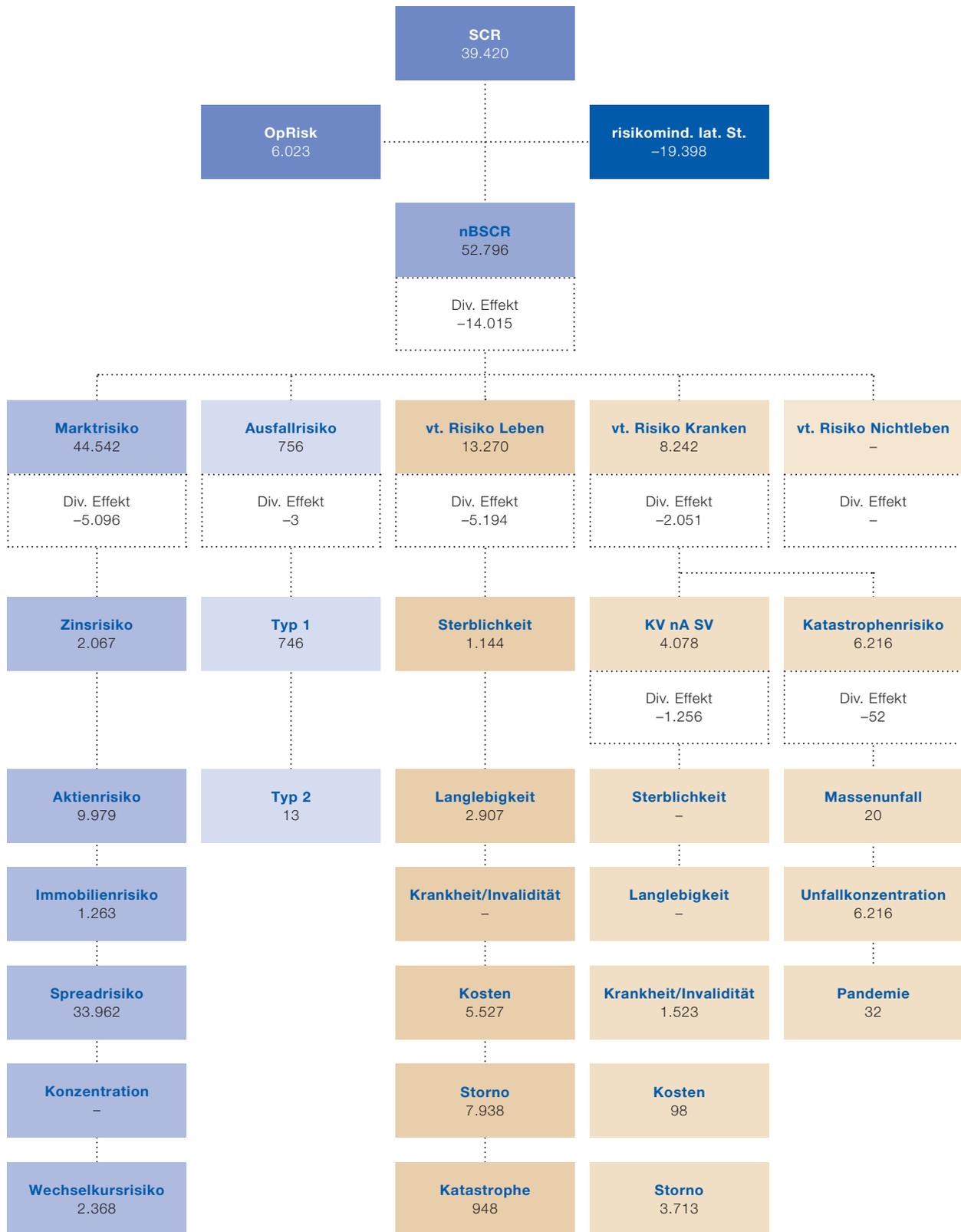
Finanzielle Minderungstechniken über Kapitalmarktinstrumente werden angesetzt, sofern die Ansatzkriterien gemäß den Anforderungen für die einzelnen Instrumente erfüllt waren.

Insgesamt ergibt sich ein SCR in Höhe von 39.420 Tsd. Euro. Der SCR setzt sich aus der Netto-Basis-Solvvenzkapitalanforderung (nBSCR) in Höhe von 52.796 Tsd. Euro und dem operationellen Risiko (opRisk) in Höhe von 6.023 Tsd. Euro, abzüglich der Risikominderung durch latente Steuern in Höhe von –19.398 Tsd. Euro, zusammen.

Das Marktrisiko in Höhe von 44.542 Tsd. Euro ist die größte Risikoposition, gefolgt vom versicherungstechnischen Risiko der Lebensversicherung in Höhe von 13.270 Tsd. Euro.

Der MCR beträgt zum Stichtag 17.739 Tsd. Euro und setzt sich aus der Mindestkapitalanforderung für das Lebensversicherungsgeschäft zusammen. Die Berechnung erfolgt auf Basis der Volumenmaße der versicherungstechnischen Rückstellungen, der gebuchten Prämien sowie des riskierten Kapitals.

Das Unternehmen besitzt zum aktuellen Stichtag folgendes Risikoprofil (in Tsd. Euro):



Zum Stichtag liegen ausreichende Eigenmittel zur Bedeckung des Risikokapitals des Unternehmens vor. Die aufsichtsrechtliche Bedeckungsquote des SCR liegt bei 494 Prozent, die des MCR bei 1.097 Prozent.

### E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Die Durationsmethode für das Aktienrisiko wird bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht angewendet.

### E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell kommt bei dem Unternehmen nicht zur Anwendung.

### E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Eine Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung oder eine wesentliche Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung lag im Berichtszeitraum nicht vor.

### E.6 Sonstige Angaben

Nach derzeitiger Einschätzung liegen keine berichtspflichtigen sonstigen Informationen vor.

# Anhang

## S.02.01.02 – Solvabilitätsübersicht

Werte in Tsd. €	Solvabilität-II- Wert	
<b>Vermögenswerte</b>		<b>C0010</b>
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	
Latente Steueransprüche	R0040	20.877
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	1.562.235
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	3.340
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	550.427
Aktien	R0100	1.239
Aktien – notiert	R0110	
Aktien – nicht notiert	R0120	1.239
Anleihen	R0130	988.537
Staatsanleihen	R0140	503.551
Unternehmensanleihen	R0150	459.962
Strukturierte Schuldtitel	R0160	25.023
Besicherte Wertpapiere	R0170	
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	9.691
Derivate	R0190	
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	8.999
Sonstige Anlagen	R0210	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	18.093
Darlehen und Hypotheken	R0230	14.818
Policendarlehen	R0240	2.578
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	12.240
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	364
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	364
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	364
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	2
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	2.057
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	2.525
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	1.908
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	28
<b>Vermögenswerte insgesamt</b>	<b>R0500</b>	<b>1.622.910</b>

Werte in Tsd. €	Solvabilität-II- Wert	
<b>Verbindlichkeiten</b>		<b>C0010</b>
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	1.333.699
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	12.970
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	8.348
Risikomarge	R0640	4.621
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	1.320.729
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	1.320.729
Risikomarge	R0680	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	18.285
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	18.093
Risikomarge	R0720	192
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	2.178
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	4.477
Depotverbindlichkeiten	R0770	
Latente Steuerschulden	R0780	64.252
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	3.434
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	1.923
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	0
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	7
<b>Verbindlichkeiten insgesamt</b>	<b>R0900</b>	<b>1.428.259</b>
<b>Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten</b>	<b>R1000</b>	<b>194.651</b>

**S.05.01.02 – Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen**

Werte in Tsd. €		Krankheits- kosten- versicherung	Einkommens- ersatz- versicherung
		<b>C0010</b>	<b>C0020</b>
<b>Gebuchte Prämien</b>			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0110</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0120</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0130</b>		
Anteil der Rückversicherer	<b>R0140</b>		
Netto	<b>R0200</b>		
<b>Verdiente Prämien</b>			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0210</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0220</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0230</b>		
Anteil der Rückversicherer	<b>R0240</b>		
Netto	<b>R0300</b>		
<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0310</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0320</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0330</b>		
Anteil der Rückversicherer	<b>R0340</b>		
Netto	<b>R0400</b>		
<b>Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen</b>			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0410</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0420</b>		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0430</b>		
Anteil der Rückversicherer	<b>R0440</b>		
Netto	<b>R0500</b>		
<b>Angefallene Aufwendungen</b>	<b>R0550</b>		
<b>Sonstige Aufwendungen</b>	<b>R1200</b>		
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>R1300</b>		

**Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen  
(Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)**

Arbeitsunfall- versicherung	Kraftfahrzeug- haftpflicht- versicherung	Sonstige Kraftfahrt- versicherung	See-, Luftfahrt- und Transport- versicherung	Feuer- und andere Sach- versicherungen	Allgemeine Haftpflicht- versicherung	Kredit- und Kautions- versicherung
<b>C0030</b>	<b>C0040</b>	<b>C0050</b>	<b>C0060</b>	<b>C0070</b>	<b>C0080</b>	<b>C0090</b>



**S.05.01.02 – Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen**

Werte in Tsd. €

		Rechtsschutz- versicherung
		<b>C0100</b>
<b>Gebuchte Prämien</b>		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0110</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0120</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0130</b>	<del>XXXX</del>
Anteil der Rückversicherer	<b>R0140</b>	
Netto	<b>R0200</b>	
<b>Verdiente Prämien</b>		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0210</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0220</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0230</b>	<del>XXXX</del>
Anteil der Rückversicherer	<b>R0240</b>	
Netto	<b>R0300</b>	
<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0310</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0320</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0330</b>	<del>XXXX</del>
Anteil der Rückversicherer	<b>R0340</b>	
Netto	<b>R0400</b>	
<b>Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen</b>		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	<b>R0410</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	<b>R0420</b>	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	<b>R0430</b>	<del>XXXX</del>
Anteil der Rückversicherer	<b>R0440</b>	
Netto	<b>R0500</b>	
<b>Angefallene Aufwendungen</b>	<b>R0550</b>	
<b>Sonstige Aufwendungen</b>	<b>R1200</b>	<del>XXXX</del>
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>R1300</b>	<del>XXXX</del>



**S.05.01.02 – Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen**

Werte in Tsd. €

		Kranken- versicherung	Versicherung mit Überschuss- beteiligung
		<b>C0210</b>	<b>C0220</b>
<b>Gebuchte Prämien</b>			
Brutto	<b>R1410</b>	4.827	123.841
Anteil der Rückversicherer	<b>R1420</b>	801	1.787
Netto	<b>R1500</b>	4.026	122.054
<b>Verdiente Prämien</b>			
Brutto	<b>R1510</b>	4.827	124.218
Anteil der Rückversicherer	<b>R1520</b>	801	1.787
Netto	<b>R1600</b>	4.026	122.430
<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>			
Brutto	<b>R1610</b>	1.649	141.994
Anteil der Rückversicherer	<b>R1620</b>	143	320
Netto	<b>R1700</b>	1.505	141.673
<b>Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen</b>			
Brutto	<b>R1710</b>	382	7.593
Anteil der Rückversicherer	<b>R1720</b>	0	0
Netto	<b>R1800</b>	382	7.593
<b>Angefallene Aufwendungen</b>	<b>R1900</b>	<b>1.125</b>	<b>11.392</b>
<b>Sonstige Aufwendungen</b>	<b>R2500</b>		
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>R2600</b>		

Index- und fondsgebundene Versicherung	Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen			Lebensrückversicherungs- verpflichtungen		Gesamt C0300
	Sonstige Lebens- versicherung C0240	Renten aus Nichtlebens- versicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit Kranken- versicherungs- verpflichtungen C0250	Renten aus Nicht- lebensversicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungs- verpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungs- verpflichtungen) C0260	Krankenrück- versicherung C0270	Lebensrück- versicherung C0280	
3.299						131.969
0						2.589
3.299						129.379
3.299						132.345
0						2.589
3.299						129.755
847						144.491
0						464
847						144.026
2.626						10.602
0						0
2.626						10.602
<b>1.507</b>						<b>14.026</b>
						<b>895</b>
						<b>14.922</b>

**S.05.02.01 – Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern**

Werte in Tsd. €	Herkunftsland
	C0010
	<del>R0010</del>
	C0080
<b>Gebuchte Prämien</b>	
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130
Anteil der Rückversicherer	R0140
Netto	R0200
<b>Verdiente Prämien</b>	
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230
Anteil der Rückversicherer	R0240
Netto	R0300
<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>	
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330
Anteil der Rückversicherer	R0340
Netto	R0400
<b>Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen</b>	
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430
Anteil der Rückversicherer	R0440
Netto	R0500
<b>Angefallene Aufwendungen</b>	R0550
<b>Sonstige Aufwendungen</b>	<del>R1200</del>
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<del>R1300</del>



**S.05.02.01 – Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern**

Werte in Tsd. €	Herkunftsland	
		<b>C0150</b>
	<b>R1400</b>	<del>                    </del>
		<b>C0220</b>
<b>Gebuchte Prämien</b>		
Brutto	<b>R1410</b>	131.969
Anteil der Rückversicherer	<b>R1420</b>	2.589
Netto	<b>R1500</b>	129.379
<b>Verdiente Prämien</b>		
Brutto	<b>R1510</b>	132.345
Anteil der Rückversicherer	<b>R1520</b>	2.589
Netto	<b>R1600</b>	129.755
<b>Aufwendungen für Versicherungsfälle</b>		
Brutto	<b>R1610</b>	144.491
Anteil der Rückversicherer	<b>R1620</b>	464
Netto	<b>R1700</b>	144.026
<b>Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen</b>		
Brutto	<b>R1710</b>	10.602
Anteil der Rückversicherer	<b>R1720</b>	0
Netto	<b>R1800</b>	10.602
<b>Angefallene Aufwendungen</b>	<b>R1900</b>	<b>14.026</b>
<b>Sonstige Aufwendungen</b>	<b>R2500</b>	<del>                    </del>
<b>Gesamtaufwendungen</b>	<b>R2600</b>	<del>                    </del>

Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) – Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt – fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210	C0210
C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0280
						131.969
						2.589
						129.379
						132.345
						2.589
						129.755
						144.491
						464
						144.026
						10.602
						0
						10.602
						<b>14.026</b>
						<b>14.026</b>

### S.12.01.02 – Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

Werte in Tsd. €	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung			
		C0020	C0030	C0040	C0050
				Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien
<b>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</b>	<b>R0010</b>				
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	<b>R0020</b>				
<b>Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge</b>					
<b>Bester Schätzwert</b>					
<b>Bester Schätzwert (brutto)</b>	<b>R0030</b>	1.447.551		0	18.093
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	<b>R0080</b>	364		0	0
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	<b>R0090</b>	1.447.187		0	18.093
<b>Risikomarge</b>	<b>R0100</b>	12.320	192		
<b>Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen</b>					
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	<b>R0110</b>				
Bester Schätzwert	<b>R0120</b>	-126.822		0	0
Risikomarge	<b>R0130</b>	-12.320	0		
<b>Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt</b>	<b>R0200</b>	1.320.729	18.285		



### S.12.01.02 – Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

Werte in Tsd. €

<b>Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</b>	<b>R0010</b>
--	--------------

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet

**R0020**

<b>Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge</b>	
<b>Besten Schätzwert</b>	

<b>Besten Schätzwert (brutto)</b>	<b>R0030</b>
-----------------------------------	--------------

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen

**R0080**

Besten Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt

**R0090**

<b>Risikomarge</b>	<b>R0100</b>
--------------------	--------------

**R0100**

<b>Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen</b>	
---	--

Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet

**R0110**

Besten Schätzwert

**R0120**

Risikomarge

**R0130**

<b>Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt</b>	<b>R0200</b>
--	--------------

**R0200**



**S.22.01.21 – Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen**

Werte in Tsd. €

Versicherungstechnische Rückstellungen	<b>R0010</b>
Basiseigenmittel	<b>R0020</b>
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	<b>R0050</b>
SCR	<b>R0090</b>
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	<b>R0100</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>R0110</b>

Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
<b>C0010</b>	<b>C0030</b>	<b>C0050</b>	<b>C0070</b>	<b>C0090</b>
1.351.985	139.143	0	3.337	0
194.651	-93.253	0	-2.237	0
194.651	-93.253	0	-2.237	0
39.420	13.754	0	10.236	0
194.651	-95.767	0	-3.337	0
<b>17.739</b>	<b>6.189</b>	<b>0</b>	<b>4.606</b>	<b>0</b>

**S.23.01.01 – Eigenmittel****76.693****Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35**

- Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
- Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
- Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
- Überschussfonds
- Vorzugsaktien
- Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio

**Ausgleichsrücklage**

- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
- Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

**Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen**

- Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

**Abzüge**

- Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

**Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen****Ergänzende Eigenmittel**

- Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
- Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können
- Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
- Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen
- Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG
- Sonstige ergänzende Eigenmittel

**Ergänzende Eigenmittel gesamt****Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel**

- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel
- Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

**SCR****MCR****Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR****Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR****Ausgleichsrücklage**

- Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
- Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
- Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
- Sonstige Basiseigenmittelbestandteile
- Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

**Ausgleichsrücklage****Erwartete Gewinne**

- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
- Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

**Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)**

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	2.000	2.000			
R0030	4.034	4.034			
R0040					
R0050					
R0070	77.194	77.194			
R0090					
R0110					
R0130	111.422	111.422			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220					
R0230					
R0290	194.651	194.651			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	194.651	194.651			0
R0510	194.651	194.651			
R0540	194.651	194.651	0	0	0
R0550	194.651	194.651	0	0	
R0580	39.420				
R0600	17.739				
R0620	4.93786				
R0640	10,97302				
	C0060				
R0700	194.651				
R0710					
R0720	0				
R0730	83.228				
R0740					
R0760	111.422				
R0770	1.945				
R0780					
R0790	1.945				

### S.25.01.21 – Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Werte in Tsd. €		Brutto-	USP	Verein-
		Solvvenzkapital- anforderung		fachungen
		C0110	C0080	C0090
Marktrisiko	R0010	125.824		
Gegenparteausfallrisiko	R0020	2.548		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	36.767		
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	24.598		
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050			
Diversifikation	R0060	-40.251		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
<b>Basissolvvenzkapitalanforderung</b>	<b>R0100</b>	<b>149.487</b>		
<b>Berechnung der Solvenzkapitalanforderung</b>		<b>C0100</b>		
Operationelles Risiko	R0130	6.022		
Verlustrückstellungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	-96.692		
Verlustrückstellungen der latenten Steuern	R0150	-19.398		
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160			
<b>Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag</b>	<b>R0200</b>	<b>39.420</b>		
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210			
<b>Solvvenzkapitalanforderung</b>	<b>R0220</b>	<b>39.420</b>		
<b>Weitere Angaben zur SCR</b>				
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil	R0410			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420			
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430			
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440			

### S.28.01.01 – Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

<b>Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherung- und Rückversicherungsverpflichtungen</b>			
		<b>C0010</b>	
MCR <sub>NL</sub> -Ergebnis	<b>R0010</b>	0	
<b>Werte in Tsd. €</b>		<b>Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</b>	<b>Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten</b>
		<b>C0020</b>	<b>C0030</b>
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0020</b>		
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0030</b>		
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0040</b>		
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0050</b>		
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0060</b>		
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0070</b>		
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	<b>R0080</b>		
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0090</b>		
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0100</b>		
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	<b>R0110</b>		
Beistand und proportionale Rückversicherung	<b>R0120</b>		
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	<b>R0130</b>		
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	<b>R0140</b>		
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	<b>R0150</b>		
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	<b>R0160</b>		
Nichtproportionale Sachrückversicherung	<b>R0170</b>		

<b>Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherung- und Rückversicherungsverpflichtungen</b>			
		<b>C0040</b>	
MCR <sub>L</sub> -Ergebnis	<b>R0200</b>	40.308	
<b>Werte in Tsd. €</b>		<b>Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet</b>	<b>Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)</b>
		<b>C0050</b>	<b>C0060</b>
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	<b>R0210</b>	1.199.153	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	<b>R0220</b>	129.559	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	<b>R0230</b>	18.093	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)-versicherungen	<b>R0240</b>	0	
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	<b>R0250</b>		3.643.808

<b>Berechnung des Gesamt-MCR</b>		
		<b>C0070</b>
Lineare MCR	<b>R0300</b>	40.308
SCR	<b>R0310</b>	39.420
MCR-Obergrenze	<b>R0320</b>	17.739
MCR-Untergrenze	<b>R0330</b>	9.855
Kombinierte MCR	<b>R0340</b>	17.739
Absolute Untergrenze der MCR	<b>R0350</b>	3.700
		<b>C0070</b>
<b>Mindestkapitalanforderung</b>	<b>R0400</b>	17.739

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
ALM	Asset-Liability-Management
Art.	Artikel
ASM	Available Solvency Margin
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BK	Bayerische Beamtenkrankenkasse AG
BL	Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG
BLBV	Bayerische Landesbrandversicherung AG
BVV	Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG
bzw.	beziehungsweise
CCO	Chief Compliance Officer
CMS	Compliance-Management-System
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung
DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
DV	Datenverarbeitung
DVO	Durchführungsverordnung
eG	eingetragene Genossenschaft
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ESG	ökonomischer Szenariogenerator
F1	Hauptabteilungsleiter
F2	Abteilungsleiter
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
HGB	Handelsgesetzbuch
IKS	Internes Kontrollsystem
IT	Informationstechnik
MCR	Minimum Capital Requirement
ORIC	Operational Risk Insurance Consortium
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RstTrans	Rückstellungstransitional
SCR	Solvency Capital Requirement
SFCR	Solvency and Financial Condition Report
SÜAF	Schlussüberschussanteilsfond
UKV	Union Krankenversicherung AG
URCF	Unabhängige Risikocontrollingfunktion
URV	Union Reiseversicherung AG
VKB	Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
VKB-Rück	Versicherungskammer Bayern Konzern- Rückversicherung AG
VMF	Versicherungsmathematische Funktion
z. B.	zum Beispiel
ZIKS	Zentrales-Internes-Kontroll-System

# Impressum

**Herausgeber**

Konzern VKB  
Maximilianstraße 53, 80530 München  
Telefon (0 89) 21 60-0  
Telefax (0 89) 21 60-27 14  
service@vkb.de  
www.vkb.de

**Verantwortlich für Inhalt und Redaktion**

Rechnungswesen

**Gestaltung/Produktion**

wirDesign Berlin Braunschweig

